



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MEDWEDEWS MODERNISIERUNG

■ VON DER REDAKTION		■ UMFRAGE	
На дачу – in die Sommerpause	2	Zu den Angriffen auf Polizeikräfte in der Region Primorje	27
■ ANALYSE		In Russland vertraut man den Rechtsschutzorganen nicht	29
Ist die russische Gesellschaft zur Modernisierung bereit?		■ KOMMENTAR	
Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung	2	Chodorkowskij zwischen Verurteilung und Freilassung:	
Von Reinhard Krumm, Moskau		Gibt es einen Ausweg?	30
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		Von Jens Siegert, Moskau	
Ist die russische Gesellschaft bereit zur Modernisierung?	5	■ UMFRAGE	
■ KOMMENTAR		Über den Prozess gegen Michail Chodorkowskij	
Systemerhalt durch »Modernisierung«	13	und Platon Lebedew	33
Von Wladimir Ryschkow, Moskau			
■ UMFRAGE		■ CHRONIK	
Modernisierung in Russland	14	Vom 5. bis zum 15. Juli 2010	34
■ UMFRAGE			
»Macht« und Volk	16	■ PRESSEMITTEILUNG	
■ RANKING		Ost-Ausschuss fordert gemeinsame deutsch-russische	
Die politische Führungsspitze Russlands	21	Modernisierungsoffensive	36
Präsident, Ministerpräsident und andere Politiker	23		
■ DOKUMENTATION			
Die »Partisanen« von Primorje	27		
Von Christoph Laug, Berlin			

Die Russland-Analysen werden vom

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Von der Redaktion

На дачу – in die Sommerpause

Die »Russland-Analysen« machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 206 – erscheint am 24. September 2010. Wir werden uns dann u. a. mit dem Chodorkowskij-Prozess, mit der deutschen und der polnischen Perzeption Russlands sowie der Rolle regionaler Organisationen im postsowjetischen Raum beschäftigen.

Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Christoph Laug, Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Ist die russische Gesellschaft zur Modernisierung bereit?

Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung

Von Reinhard Krumm, Moskau

Zusammenfassung

»Modernisierung« ist das Schlüsselwort der Präsidentschaft Dmitrij Medwedews. Das Konzept, das zwischen Konservativen und Modernisierern noch umstritten ist, ist aber nicht zu verwirklichen ohne Unterstützung in der russischen Gesellschaft. Nach dieser fragt eine umfassende Erhebung, deren Ergebnisse hier referiert werden. Sie zeigt, dass die russische Modernisierung vom Staat und vom Präsidenten angeschoben wird. Von ihm erwarten die Bürger Regeln, nach denen man normal leben und arbeiten kann, einen Rechtsstaat und ein sozial gerechtes Leben. Doch der Staat gilt gleichzeitig als der größte Bremsen der Modernisierung. Die Beamten im Allgemeinen und die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane im Besonderen, also vor allem die Polizei, werden als Feinde tiefgreifender Veränderungen wahrgenommen. Einer der Hauptgründe dafür ist die verbreitete Korruption. Trotz allem existieren in der Gesellschaft Gruppen, die Reformen vorantreiben können. Die Studie nennt sie die Modernisierer, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Ihre Widersacher, die Traditionalisten, sind zahlenmäßig in der Minderheit.

Einführung

Die Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew ist mit einem Wort verbunden: »Modernisierung«. Gemeint ist damit nicht nur eine technische Erneuerung des Landes wie einst die Losung »Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes« versprach. Aus den vielen Reden, vor allem der vom Herbst letzten Jahres »Vorwärts Russland«, ist deutlich herauszulesen, dass für Russland auch eine wirtschaftliche und politische Modernisierung geplant ist.

Denn nach Jahren der Wirren unter der Präsidentschaft Boris Jelzins und der Stabilität unter seinem Nachfolger Vladimir Putin steht Russland vor der schwierigen Aufgabe, sich auf die kommenden Jahrzehnte vorzubereiten. Gemäß der neuen Sicherheitskonzeption von 2009 will das größte Land der Welt wirtschaftlich zu den fünf führenden Wirtschaftsmächten aufschließen.

Dabei hat der Kreml erkannt, dass ohne Rechtsstaatlichkeit und eine ausgewogene Sozialpolitik eine innere Sicherheit nicht zu garantieren ist.

Seit Peter dem Großen stellen sich Russen und Ausländer gleichermaßen die Frage, ob die russische Gesellschaft bereit und fähig zur Modernisierung ist. Nur in Wellen, behauptet der amerikanische Russlandforscher Richard Pipes, nicht kontinuierlich. Einige russische Wissenschaftler fordern derweil, die Aufholjagd gegenüber dem Westen einzustellen. Russland werde sich nach seinen eigenen Vorgaben reformieren. Auch diesen Streit zwischen Westlern und Slawophilen kennt die Geschichte seit Jahrhunderten.

Die »Nesawisimaja Gaset« (Unabhängige Zeitung) in Moskau will die Protagonisten der tiefgreifenden Modernisierung und deren konservative Widersacher ausgemacht haben: Präsident Medwedew und seine Rat-

geber Arkadij Dworkowitsch und Igor Jurgens gegen Premier Putin und seine Ratgeber Wladislaw Surkow und Sergej Sobjanin. Die russischen Konservativen, so die Tageszeitung, setzen auf eine »Enklaven-Modernisierung«, auf einige Zentren, die dann auf den Rest des Landes ausstrahlen; also ein rein technischer Aufbruch.

Doch was denkt die Gesellschaft darüber? Selten sind bisher die Bürger zu Wort gekommen und zu ihrer Sicht auf die Chancen einer Modernisierung befragt worden. Eine entscheidende Frage, denn wenn die Mehrheit der Bürger eher skeptisch eingestellt ist, wie soll dann eine so radikale Umwälzung durchgeführt werden. Die menschenverachtenden Instrumente, die einst Peter der Große oder Stalin benutzten, stehen der Regierung nicht zur Verfügung.

Igor Jurgens, Direktor des Instituts für moderne Entwicklung und Koautor einer in Russland und im Ausland oft zitierten Studie zur »wünschenswerten Zukunft Russlands« geht von einer kritischen Masse von 20 % aus. Diese reformorientierten Bürger seien die Voraussetzung, um den Modernisierungsprozess in Gang zu setzen.

Eine vom Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau durchgeführte repräsentative Studie soll dazu dienen, die Befindlichkeiten der russischen Bürger zur angekündigten Modernisierung darzustellen. Glauben sie an den Ruck, der Russland politisch, wirtschaftlich und technisch ins 21. Jahrhundert katapultieren soll?

Die Voraussetzungen

Etwa drei Viertel der russischen Bürger schätzen die Lage im Lande als »problematisch« ein, »krisenhaft«, 11 % sogar als »katastrophal«. Nur 16 % halten sie für »normal«. Diese Einschätzung unterscheidet sich dramatisch von der Stimmung im Jahre 2008, als noch 44 % der Bürger die Lage für »normal« hielten. Die Folgen der Krise tragen dabei die Bürger (84 %), Unternehmer (33 %), die Regierung (25 %), am wenigsten die regionalen und lokalen Machteliten (17 %).

Fast widersprüchlich ist die Einschätzung der persönlichen Lage: Insgesamt etwa ein Drittel der Bürger sehen ihr eigenes Leben positiv, nur 6 % als negativ, das beste Ergebnis seit 1994. Dabei überwiegt der Optimismus erst seit 2001. Nicht zu übersehen sind die großen Unterschiede zwischen den Altersgruppen. So sind bei den 18–21jährigen 58 % positiv eingestellt, bei den 41–50jährigen noch 31 % und bei den über 60jährigen nur 18 %. Wenig überraschend ist der Unterschied zwischen großen Städten (positive Bewertung bei 49 %) und kleinen Dörfern (positive Bewertung bei 20 %).

Eine erstaunliche Wandlung im Vergleich zur Sowjetunion hat sich bei den Eigentumsverhältnissen zugezogen: 85 % der russischen Bürger nennen inzwischen ein Haus oder eine Wohnung ihr Eigentum, gleichwohl verfügen nur 4 % über Ersparnisse, die sie im Notfall ein Jahr lang versorgen könnten. Zudem wurden viele Anschaffungen wie Staubsauger, Mikrowelle und Computer erst in den letzten sieben Jahren getätigt.

Die Erwartungen

Die Bürger erwarten von der Modernisierung Gleichheit vor dem Gesetz (41 %), Kampf gegen die Korruption (38 %) und soziale Gerechtigkeit (31 %). Die Wiedergeburt russischer Werte oder die Demokratisierung der Gesellschaft spielen nur eine untergeordnete Rolle. Im Bereich der Sozialpolitik ist fast die Hälfte der Befragten der Meinung, dass der Staat allen Bürgern ein bestimmtes Wohlstandsminimum garantieren sollte, für alles Weitere sei der Bürger selbst verantwortlich. Die Meinung, der Staat solle nur den Schwachen helfen, findet nur bei 16 % Unterstützung, die Meinung, dass der Staat sich ganz heraushalten sollte, nur bei 4 %.

Die Autoren teilen die Bürger auf in Modernisierer und Traditionalisten. Dazu dienten ihnen zwölf Indikatoren wie Pluralismus, Toleranz, Verantwortung, Individualismus, Freiheit und Menschenrechte. Daraus ergibt sich folgendes Bild: 23 % der Bevölkerung sind den Modernisierern zuzuordnen und 15 % den Traditionalisten. Die Mehrheit ist unentschieden. Bei der wirtschaftlich aktiven Stadtbevölkerung ist das Verhältnis 30 zu 8.

Während vor allem Modernisierer eine innovative Wirtschaft für den Motor der Modernisierung halten, so sind es bei dem Thema der sozialen Gerechtigkeit vor allem Traditionalisten. Kein Unterschied ist festzustellen bei den Themen Kampf gegen die Korruption und Gleichheit vor dem Gesetz, die von beiden Gruppen eingefordert werden.

Entsprechend hat sich die Einstellung der Bürger verändert gegenüber der Macht der Gesetze und der Macht der politischen Führer. »Für Russland sind gute Gesetze wichtiger« war für fast die Hälfte der Russen entscheidend (2004 noch 39 %), während die Meinung, dass die Entscheidungsträger wichtiger sind, leicht abgenommen hat, von 50 % auf 47 %.

Das ist die Theorie. Doch da die Rechtsschutzorgane kein Vertrauen in der Bevölkerung genießen (Misstrauen gegenüber Gerichten 53 %, gegenüber Polizei 58 %), sind die Institutionen des Präsidenten und der Regierung hochgeachtet (Vertrauen in das Amt des Präsidenten 71 %, in die Institution Regierung 57 %). Wenig verwunderlich ist das gute Image der Kirche mit 56 % Zustimmung auf

der einen Seite und das katastrophale Bild der Parteien mit nur 12 % Zustimmung auf der anderen Seite.

Das Verhältnis zwischen »Freiheit, ohne die das Leben seinen Sinn verliert« und »materieller Wohlstand ist das Wichtigste im Leben« hat sich im Verlauf der letzten 15 Jahre deutlich und kontinuierlich verändert. Waren 1995 noch fast zwei Drittel von der Freiheit beseelt und nur knapp ein Drittel vom Wohlstand, so ist die Gesellschaft heute in etwa zur Hälfte geteilt.

Dabei ist der Arbeitsplatz für die überwiegende Mehrheit allein die Quelle des Broterwerbs. Eine Weiterqualifizierung, die Möglichkeit neuer Beziehungen oder Gespräche sowie Selbstverwirklichung finden am Arbeitsplatz kaum statt.

Die Auswirkungen

Als Hauptziel der Modernisierung sehen die Bürger Bekämpfung der Korruption (49 %), effektive Verwaltung (36 %), Vorbereitung von neuen Kadern sowie der Dialog zwischen Staat und Volk darüber, was modernisiert werden soll. Etwa ein Viertel erwartet ein Ergebnis in den kommenden 5 bis 10 Jahren, ein gutes Drittel für die kommenden 10 bis 15 Jahre, ein Viertel für die nächsten 20 Jahre und knapp ein Fünftel erwartet für die nächsten 30 Jahre keine Veränderungen.

Dabei wird erwartet, dass es sich bei dem russischen Wirtschaftsmodell um eine staatlich geleitete Ökonomie handeln wird (42 %), nur 14 % glauben an eine freie Marktwirtschaft. Für die komplette staatliche Regulierung treten vor allem die ein, die fast gar nicht mehr an marktwirtschaftlichen Beziehungen teilnehmen, die Rentner. Und umgekehrt treten vor allem die Jüngeren für die Kräfte des freien Marktes ein.

Bei ihnen ist auch das Element des Individualismus ausgeprägter als bei der älteren Generation. Dabei kehrt sich der Bürger ab vom Staat und hin zur Familie. Das Wohlergehen der Familie, so heißt es in der Studie, »symbolisiert für die Russen das wichtigste Kriterium für den Erfolg im Leben«. Dabei nahm in den letzten

zehn Jahren der Glaube an Gott zu (60 %), der Glaube an sich selbst blieb konstant (49 %), während der Glaube an das Schicksal deutlich abnahm (von 51 % auf 35 %).

Und wer soll die Modernisierung voranbringen? Eine deutliche Mehrheit erhalten Arbeiter (83 %), Bauern (73 %) und die Intelligenz (71 %). Es folgen die Jugend, die Unternehmer und die Mittelklasse. Abgeschlagen, und damit als Bremser der Modernisierung klassifiziert, sind die Mitarbeiter der Rechtsorgane (32 %) und Beamte (18 %).

Zusammenfassung

Die russische Modernisierung wird erneut vom Staat angeschoben, initiiert vom Präsidenten. Das erstaunliche an der Umfrage des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften ist, dass der Staat gleichzeitig als größter Bremser der Modernisierung gesehen wird. Dabei fordern die Bürger gerade von ihm Regeln, nach denen alle leben und arbeiten können, ohne Ausnahme. Dazu gehören der Rechtsstaat und ein sozial gerechtes Leben.

Doch die Beamten im Allgemeinen und die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane im Besonderen, also vor allem die Polizei, stören dabei. Als Hauptgrund erkennen die Bürger die Korruption. Trotzdem existiert der aktive Teil der Gesellschaft, der Reformen vorantreiben kann. Die Studie nennt sie die Modernisierer, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmacht. Ihre Widersacher, die Traditionalisten, sind zahlenmäßig in der Minderheit.

Entscheidend für eine erfolgreiche Modernisierung und damit für die Zukunft Russlands als ein hochentwickelter Staat im 21. Jahrhundert sind Rechtsstaatlichkeit und der Kampf gegen die Korruption. Die russische Gesellschaft, so die Studie, ist für die Modernisierung bereit, Potential ist vorhanden. Aber aufgrund der Besonderheiten der nationalen Mentalität, die viel mit der Geschichte der Sowjetunion zu tun hat, ist die Aufgabe »mehr als schwierig«. Premier Putin, so einer der Autoren, steht in diesem Sinne dem Volk näher als Präsident Medwedew.

Über den Autor

Dr. Reinhard Krumm ist der Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau. Der Text basiert auf einer Untersuchung, die das Soziologische Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland durchgeführt hat. Die kompletten Ergebnisse der Umfrage sind auf Russisch einsehbar unter: Institut soziologii RAN: Gotowo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

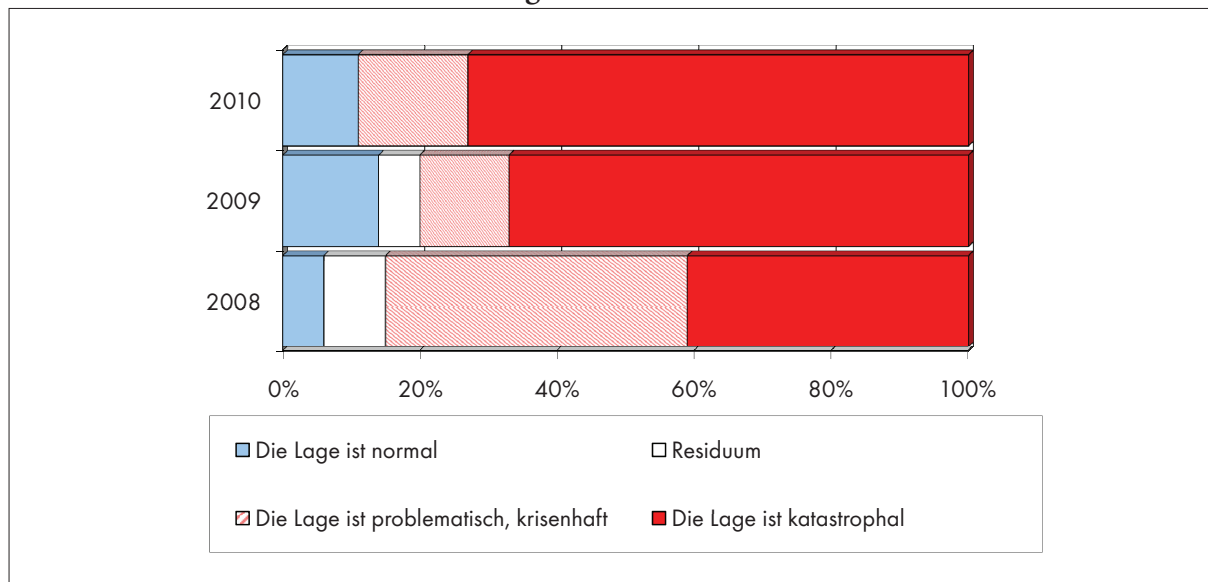
Lesetipps

- Institut für moderne Entwicklung (INSOR): Russland im 21. Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft. Moskau-Berlin, März 2010, http://dev.fesmos.ru/netcat_files/File/Kurzfassung%20ModernisierungsvortragDE.pdf, 11. April 2010.
- Nikolai Petrov; Masha Lipman; Henry E. Hale: Overmanaged Democracy in Russia: Governance Implications of Hybrid Regimes. Carnegie PAPERS. Russia and Eurasia Program. Number 106. February 2010, http://www.carnegieendowment.org/files/overmanaged_democracy_2.pdf, 5. März 2010.
- Vladimir Gel'man: Sackgasse. Autoritäre Modernisierung in Russland in: Osteuropa, 60.2010, Nr. 1, S. 3–13.

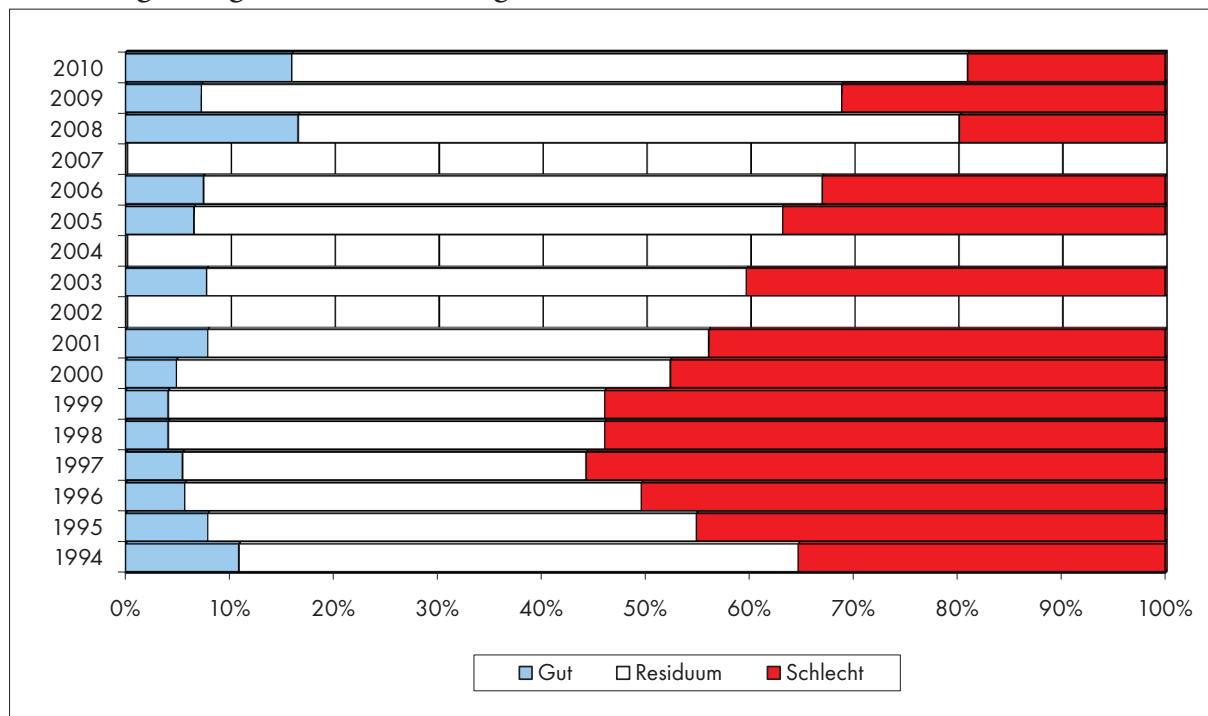
Tabellen und Grafiken zum Text

Ist die russische Gesellschaft bereit zur Modernisierung?

Wie bewerten die Russen die aktuelle Lage im Land?



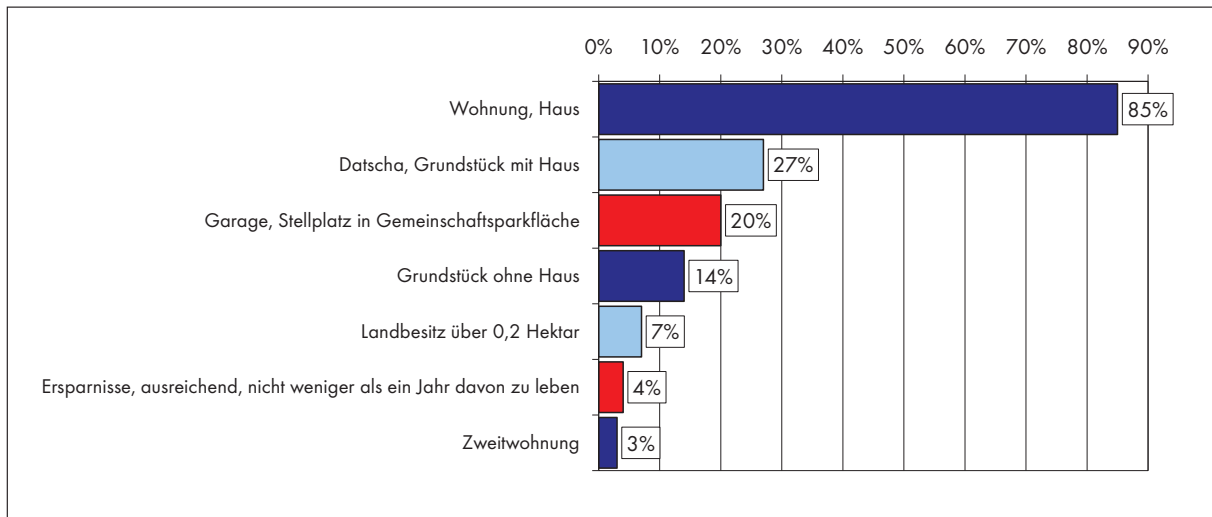
Bewertung der eigenen materiellen Lage 1994–2010



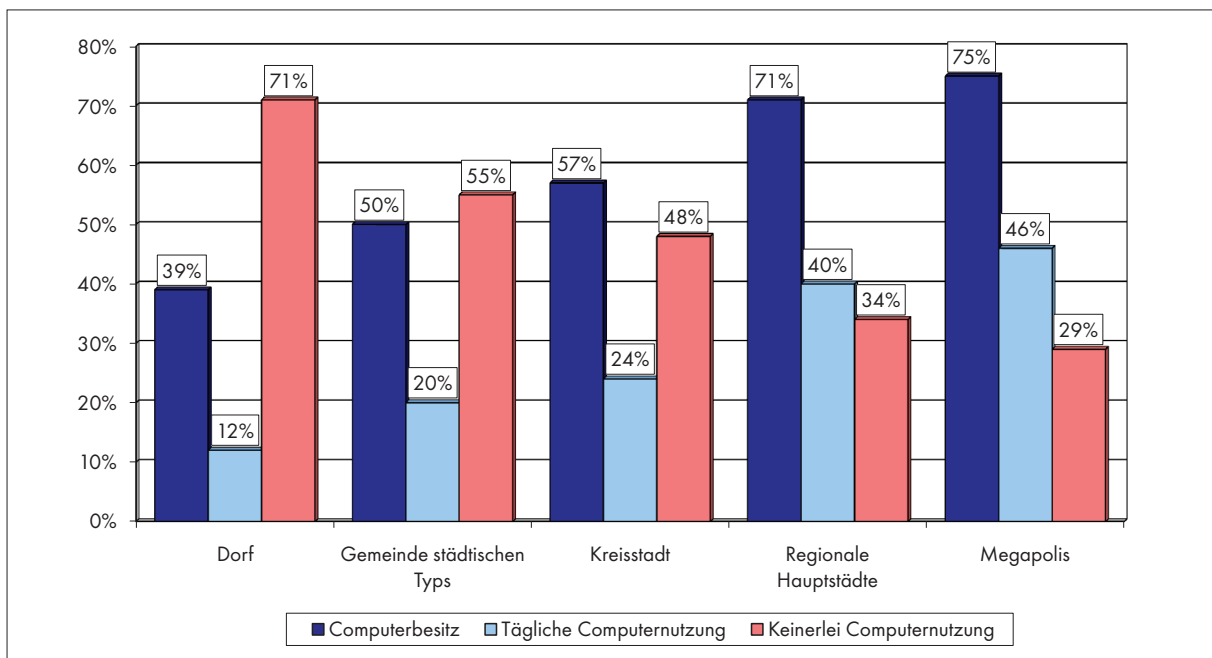
Anm.: Für 2002 und 2007 liegen keine Werte vor.

Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotowo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Privatbesitz in der russischen Bevölkerung



Ausstattungsgrad mit Computern und deren Nutzungshäufigkeit in unterschiedlichen Siedlungsformen



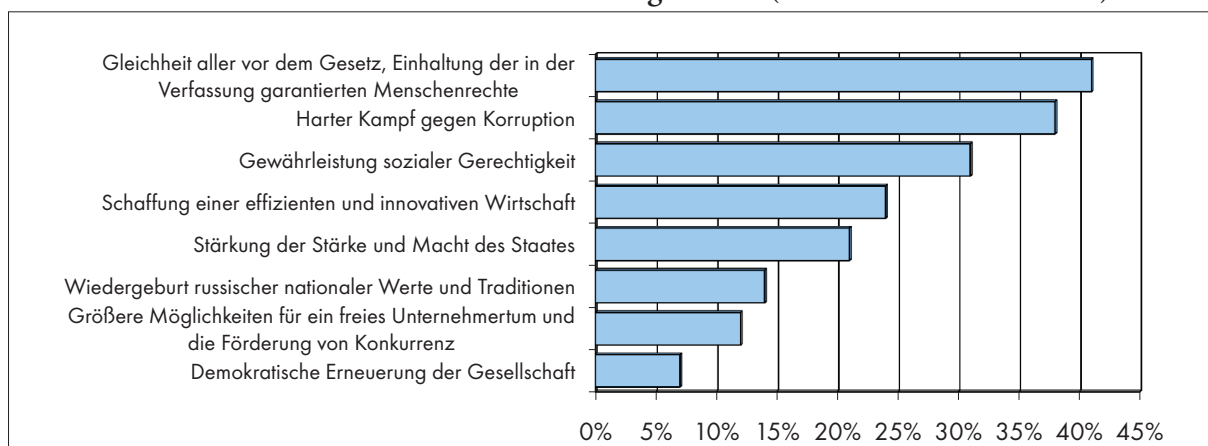
Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Bewertung unterschiedlicher Lebensbereiche in Russland

Lebensbereiche	Gut	Schlecht
Familiäre Verhältnisse	53 %	5 %
Ernährung	38 %	6 %
Wohnort, Region	36 %	8 %
Situation am Arbeitsplatz	26 %	8 %
Kleidung	27 %	10 %
Gesundheitszustand	30 %	13 %
Freizeitmöglichkeiten	32 %	16 %
Gesellschaftliche Stellung	24 %	9 %
Möglichkeit der Selbstverwirklichung bei der Arbeit	25 %	16 %
Möglichkeit, die Bildung und das Wissen zu erlangen, das Sie benötigen	24 %	15 %
Materiell abgesichert	16 %	19 %
Das Leben allgemein	32 %	6 %

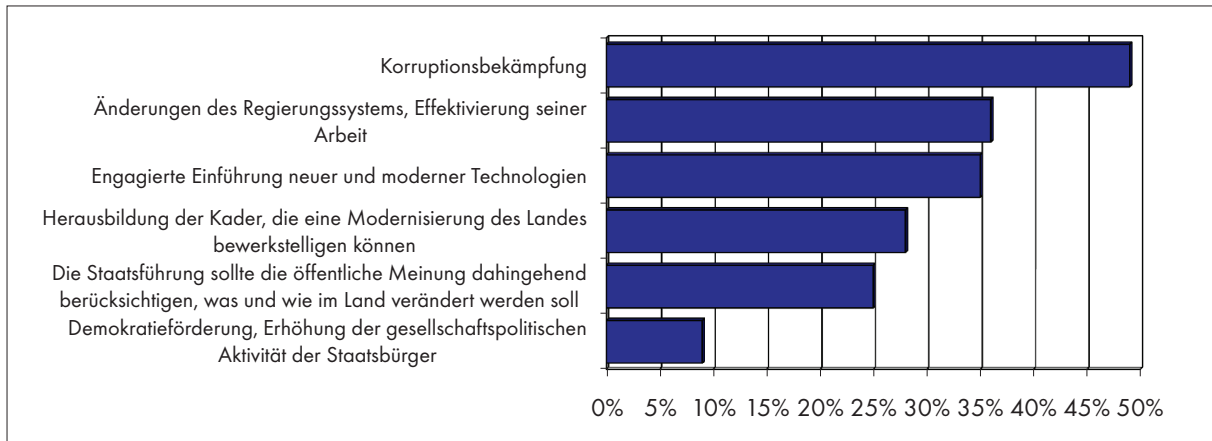
Anm.: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »befriedigend«.

Welche Idee sollte im Zentrum der Modernisierung stehen? (maximal zwei Antworten)

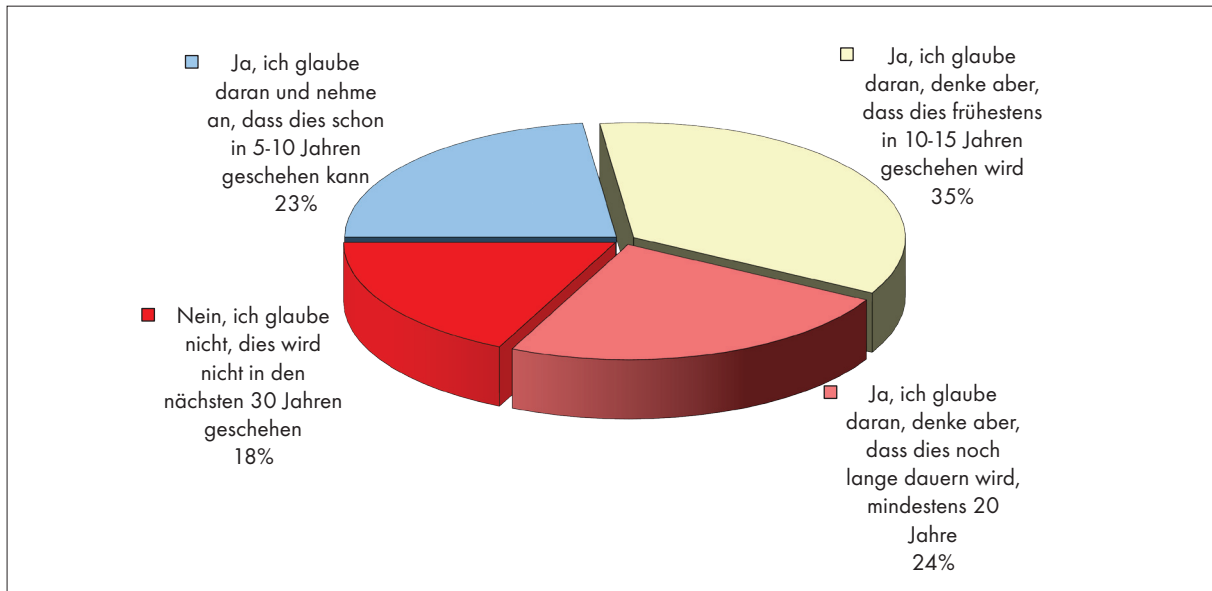


Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestvo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

**Welche Maßnahmen können eine erfolgreiche Modernisierung gewährleisten?
(maximal zwei Antworten)**

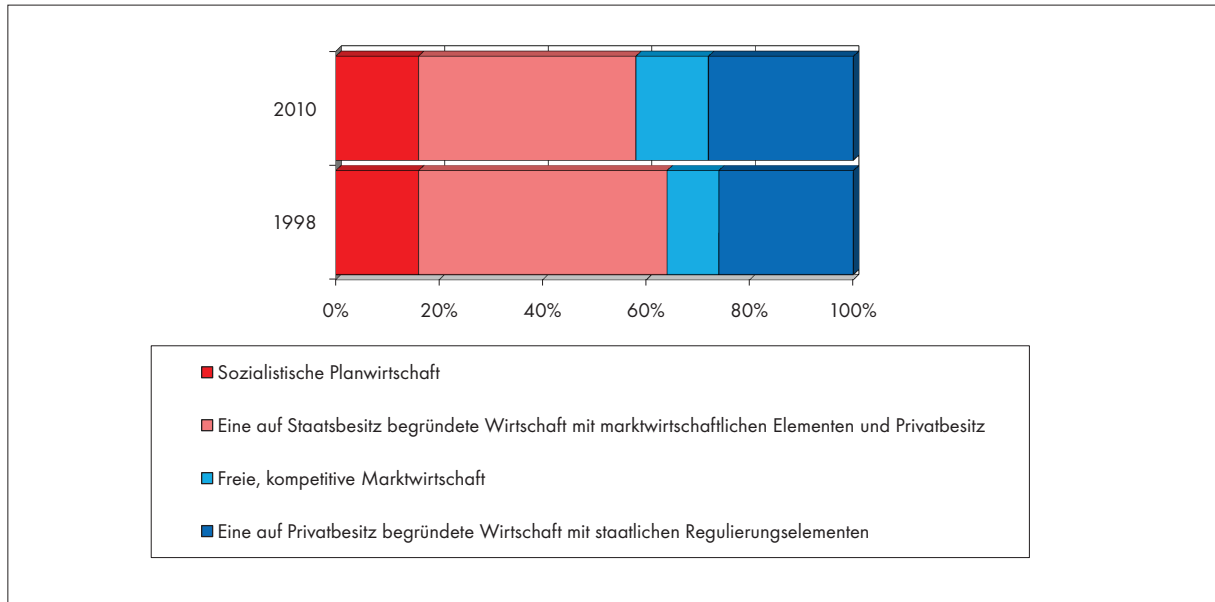


Glauben Sie persönlich an die Möglichkeit, in Russland eine Modernisierung durchzusetzen, die das Land auf eine qualitativ neue Ebene des Lebens und der Entwicklung führt?

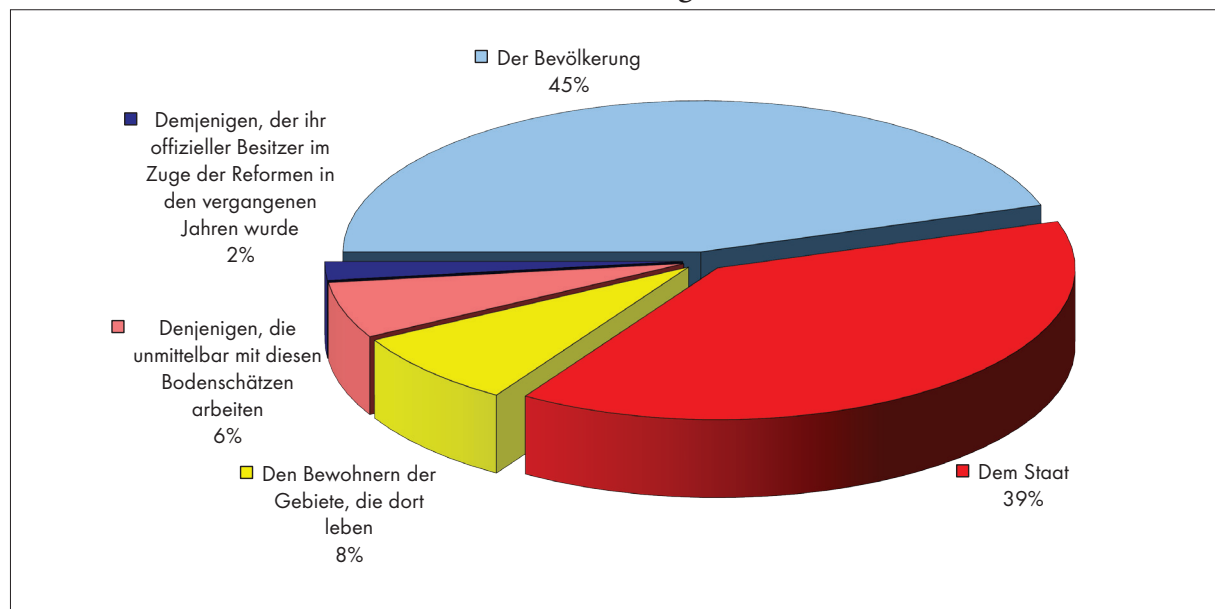


Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Welches Wirtschaftssystem soll Russland haben?

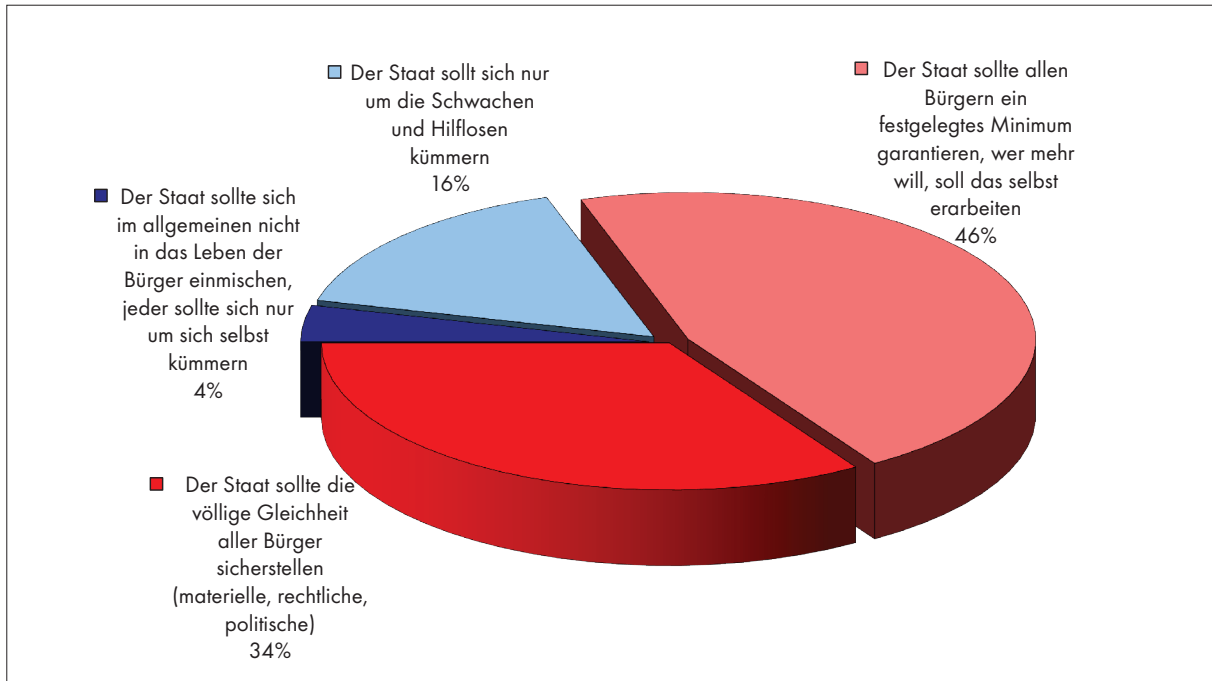


Wem sollten die natürlichen Reichtümer des Landes gehören?

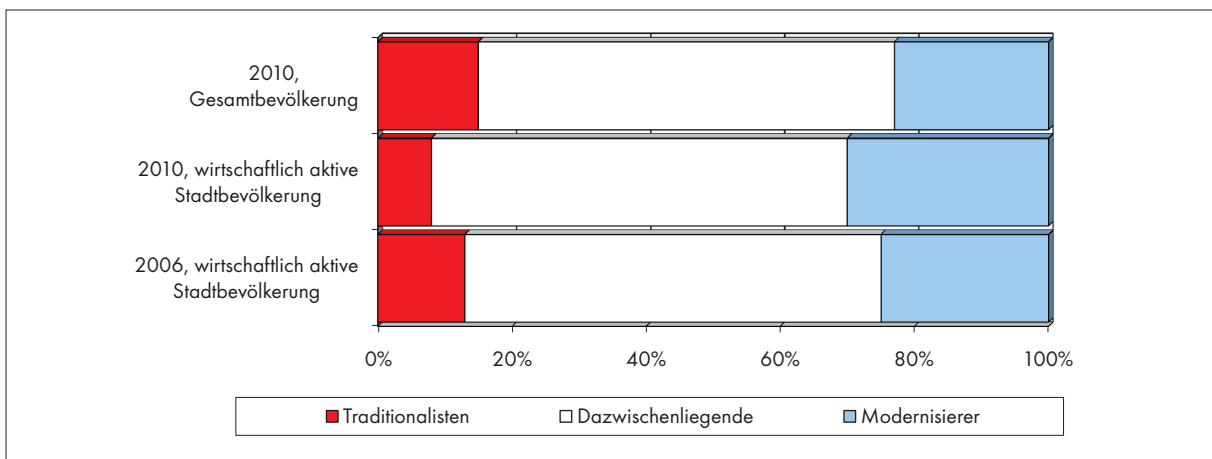


Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Welche Rolle soll der Staat im Sozialbereich spielen?



Anteil der Modernisierer und Traditionalisten in der russischen Gesellschaft



Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Das Verhältnis der Russen zu unterschiedlichen Formen abweichenden Verhaltens (in % der arbeitenden Bevölkerung)

	Die Erfahrung habe ich gemacht	Selbst nicht gemacht, werde andere nicht verurteilen	Nein, das lehne ich ab	Keine Antwort
<i>Bewusst jemand betrügen zur Erreichung eigener Ziele</i>	34 %	16 %	46 %	4 %
Unternehmer und Selbstständige	47 %	11 %	39 %	3 %
Höheres Management	31 %	12 %	54 %	3 %
Spezialisten (d. h. Ingenieure, Ökonomen u. ä.)	27 %	15 %	55 %	3 %
Einfache Angestellte im Bereich Handel und Dienstleistungen	43 %	16 %	37 %	4 %
Arbeiter der 3–4 Lohngruppe	34 %	21 %	40 %	5 %
Arbeiter der 1–2 Lohngruppe	36 %	17 %	40 %	7 %
<i>Drogenmissbrauch</i>	2 %	5 %	89 %	4 %
Unternehmer und Selbstständige	0 %	3 %	94 %	3 %
Höheres Management	4 %	0 %	96 %	0 %
Spezialisten (d. h. Ingenieure, Ökonomen u. ä.)	0 %	3 %	95 %	2 %
Einfache Angestellte im Bereich Handel und Dienstleistungen	2 %	6 %	86 %	85 %
Arbeiter der 3–4 Lohngruppe	3 %	7 %	84 %	6 %
Arbeiter der 1–2 Lohngruppe	6 %	11 %	77 %	6 %
<i>Die Zahlung von Schmiergeld</i>	22 %	18 %	56 %	4 %
Unternehmer und Selbstständige	42 %	11 %	44 %	3 %
Höheres Management	42 %	4 %	54 %	
Spezialisten (d. h. Ingenieure, Ökonomen u. ä.)	20 %	15 %	62 %	3 %
Einfache Angestellte im Bereich Handel und Dienstleistungen	28 %	17 %	48 %	7 %
Arbeiter der 3–4 Lohngruppe	21 %	25 %	50 %	4 %
Arbeiter der 1–2 Lohngruppe	15 %	24 %	58 %	3 %
<i>Steuerhinterziehung</i>	6 %	20 %	70 %	4 %
Unternehmer und Selbstständige	25 %	11 %	56 %	8 %
Höheres Management	12 %	15 %	69 %	4 %
Spezialisten (d. h. Ingenieure, Ökonomen u. ä.)	4 %	19 %	75 %	2 %
Einfache Angestellte im Bereich Handel und Dienstleistungen	9 %	22 %	65 %	4 %
Arbeiter der 3–4 Lohngruppe	7 %	25 %	65 %	3 %
Arbeiter der 1–2 Lohngruppe	4 %	24 %	66 %	6 %
<i>Ausgehandelte Vereinbarungen brechen</i>	12 %	12 %	59 %	17 %
Unternehmer und Selbstständige	11 %	8 %	61 %	20 %
Höheres Management	12 %	0 %	65 %	23 %
Spezialisten (d. h. Ingenieure, Ökonomen u. ä.)	11 %	10 %	61 %	18 %
Einfache Angestellte im Bereich Handel und Dienstleistungen	18 %	11 %	55 %	16 %
Arbeiter der 3–4 Lohngruppe	14 %	15 %	57 %	14 %
Arbeiter der 1–2 Lohngruppe	16 %	20 %	51 %	13 %

Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotovo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Verhältnis der Russen zur Demokratie, in % (maximal fünf Antworten)

Was ist, Ihrer Meinung nach, aus der vorgegebenen Liste unbedingt notwendig, um sagen zu können:
»Ja, das ist Demokratie«?

Demokratiemerkmale	1998	2001	2004	2007	2010
Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz	54 %	83 %	59 %	74 %	53 %
Unabhängige Rechtsprechung	42 %	46 %	45 %	46 %	43 %
Pressefreiheit	48 %	30 %	34 %	30 %	43 %
Freie Wahlen	39 %	26 %	35 %	34 %	40 %
Freiheit, seine politischen Ansichten zu äußern	37 %	23 %	31 %	18 %	36 %
Direktwahl des Präsidenten durch das Volk	26 %	42 %	30 %	35 %	30 %
Privateigentum	23 %	19 %	22 %	16 %	22 %
Niedrige Einkommensunterschiede	18 %	20 %	19 %	24 %	22 %
Teilhabe der Bevölkerung an Referenden zu wichtigen Fragen des Landes	18 %	19 %	21 %	19 %	21 %
Freie Berufswahl	18 %	13 %	18 %	15 %	19 %
Vorhandensein einer Opposition, die den Präsidenten und die Regierung kontrolliert	21 %	18 %	22 %	13 %	19 %
Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Parteien	16 %	4 %	11 %	7 %	17 %
Religionsfreiheit	24 %	15 %	19 %	15 %	17 %
Bewegungsfreiheit im Land	17 %	7 %	16 %	11 %	13 %
Streikrecht	12 %	3 %	11 %	5 %	12 %
Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe	13 %	12 %	14 %	11 %	12 %
Freiheit, ins Ausland zu reisen	18 %	11 %	18 %	14 %	11 %
Selbständigkeit der Regionen (»Bundesländer«)	10 %	8 %	7 %	9 %	9 %
Freiheit der Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen	4 %	2 %	4 %	3 %	6 %
Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen durch die Minderheit	3 %	5 %	3 %	4 %	4 %

Der Grad des Vertrauens zu staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, in %

Vertrauen zum/zur ...	2008	2009	2010
Russischen Präsidenten	73 %	63 %	71 %
Russischen Regierung	60 %	54 %	57 %
Der Republikführung, den Gouverneuren in Ihrem Gebiet, Bezirk	48 %	36 %	45 %
Staatsduma	29 %	23 %	25 %
Föderationsrat	31 %	23 %	27 %
Politischen Parteien	13 %	11 %	12 %
Miliz (Polizei), Personal des Innenministeriums	24 %	22 %	21 %
Inlandsgeheimdienst (FSB)	46 %	39 %	39 %
Presse (Zeitungen, Zeitschriften)	26 %	26 %	31 %
Fernsehen	35 %	35 %	38 %
Russischen Streitkräften	63 %	50 %	49 %
Gewerkschaften	23 %	18 %	23 %
Justizsystem	22 %	20 %	19 %
Kirchen	52 %	51 %	56 %
Zivilgesellschaftlichen Organisationen (ökologische, Veteranen-, Frauenverbände)	41 %	30 %	35 %

Quelle: Umfragen und Analyse des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung in Russland. Institut soziologii RAN: Gotowo li rossijskoe obschtschestwo k modernizacii, Moskwa – 2010 g., http://www.isras.ru/files/File/Doclad/gotovo_li_rossijskoe_obshestvo_k_modernizacii.pdf

Kommentar

Systemerhalt durch »Modernisierung«

Von Wladimir Ryshkow, Moskau

Der russische Präsident Dmitrij Medwedew hat keine umfassende Modernisierungsstrategie vorgelegt. Die Idee der Modernisierung bleibt ein politisches Lippenbekenntnis, begleitet von einigen, kaum miteinander verbundenen Projekten. Die Realisierungschancen dieser wenigen, verstreuten Vorhaben sind äußerst gering. Im Ergebnis wird Medwedews Lösung der »Modernisierung« auf die soziale und politische Entwicklung in Russland keine wirkliche Auswirkung haben.

In ganz allgemeiner Form wurde das Modernisierungskonzept erstmals in Dmitrij Medwedews Aufsatz »Vorwärts Russland!« im September 2009 vorgestellt. Der Beitrag definiert fünf Bereiche der technologischen Modernisierung der russischen Wirtschaft (Energieeffizienz, Atomtechnologie, Medizintechnologie, Raumfahrt, Telekommunikation). Diese Ideen entwickelte der Präsident am 12. November 2009 in seiner Ansprache vor der Föderalversammlung weiter. Dabei lehnte Dmitrij Medwedew eine politische Reform oder eine Demokratisierung des politischen Systems als Teil der Modernisierung Russlands ab. Er beschränkte sich in diesem Feld auf eine kleine Auswahl kosmetischer Veränderungen. Die Absage an die politische Modernisierung wurde auf einer Staatsratssitzung im Januar 2010 bekräftigt, in deren Verlauf sowohl Dmitrij Medwedew als auch Wladimir Putin deutlich zu verstehen gaben, dass die Modernisierung den politischen Bereich nicht berühren werde.

Zur Umsetzung der Modernisierung in den fünf ausgewählten Wirtschaftsbereichen wurde eine Präsidialkommission zu Fragen der Modernisierung und technologischen Entwicklung der russischen Wirtschaft eingerichtet (21. Mai 2009), die in regelmäßigen Abständen zusammentrifft und verschiedenste konkrete Fragen behandelt. Dmitrij Medwedew hob in seiner Ansprache vor der Föderalversammlung im November auch erstmals die Notwendigkeit hervor, ein spezielles Zentrum für innovative Forschung und Entwicklung zu schaffen. Etwas später wurde der Ort für ein solches Zentrum – einer neuen Innovationsstadt – in Skolkowo bei Moskau festgelegt. Der Bau dieser »InnoStadt« (einem russischen Silicon Valley) wird von der genannten Modernisierungskommission beaufsichtigt.

Medwedews gesamter Plan zur Modernisierung Russlands konzentriert sich auf diese zwei Punkte: die technologische Nachrüstung von fünf Technologiebereichen und der Bau der Innovationsstadt in der Nähe Moskaus.

Ein Konzept zur umfassenden Umgestaltung des Landes, das den Aufbau moderner staatlicher Institutionen, ein funktionierendes demokratisches politisches System, eine moderne Gesetzgebung und Rechtspraxis sowie grundlegende Wirtschaftsreformen beinhaltet, wie sie teilweise in den Ausarbeitungen des Instituts für moderne Entwicklung (INSOR) und der Europäischen Kommission (»Modernisierungspartnerschaft«) enthalten sind, wird von der politischen Führung des Landes abgelehnt.

Ein genauer Plan, eine »Roadmap«, selbst wenn er nur auf eine technologische Modernisierung zielt, ist nicht vorhanden. Es existiert auch kein klares Konzept für die Innovationsstadt in Skolkowo.

Zentrale Hindernisse für die Umsetzung der Reformvorhaben Medwedews sind die außergewöhnlich hohe und weiter wachsende Korruption, die Willkür der Bürokratie und hohe administrative Hürden für Unternehmen, die Monopolbildungen auf den Märkten, hohe Kosten, ein unzureichender Schutz der Eigentumsrechte und Verträge sowie unvorteilhafte Arbeitsbedingungen für Ausländer und ausländische Firmen im Land. In solch einem ungünstigen Umfeld fällt es schwer zu verstehen, wie ein erfolgreicher Umbau der technologischen Strukturen, der Aufbau einer modernen Infrastruktur sowie die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für innovative Firmen realisiert werden kann. All dies verlangt ein außergewöhnlich günstiges Umfeld zur Führung des Unternehmens und zur Gewährleistung von persönlicher Sicherheit und Wohlbefinden. Die Aufgabe, solch einen Rahmen tatsächlich zu schaffen, wird jedoch nicht gestellt.

Es ist auch bemerkenswert, dass sich Premierminister Wladimir Putin, weiterhin die Nr. 1 der russischen Politik, der Erörterung der Medwedew'schen Initiative entzieht und in seinen Auftritten den Begriff »Modernisierung« praktisch nicht verwendet. Seine Minister führen die bisherige Politik unverändert fort, indem sie alte Wirtschaftsstrukturen, große Betriebe in Monopolstellung, Protektionismus, die Abwehr von Konkurrenz ausländischer Firmen sowie die Reduzierung steuerlicher Belastungen der Rohstoffwirtschaft unterstützen und die exzessiven Befugnisse und Interventionen der sogenannten »Silowiki« in der Wirtschaft und im politischen Leben unterstützen. Im Kontext dieser unausgesprochenen Sabotage seitens der Regierung und der regierenden Partei kann die Rhetorik Medwedews noch weniger überzeugen.

Am wahrscheinlichsten ist, dass sich die ganze »Modernisierungspolitik« in der Wirtschaft auf ebensolche kosmetischen Maßnahmen beschränkt wie in der Politik. Die Modernisierungsrhetorik Medwedews ist darauf ausgerichtet, das negative Image Russlands im In- und Ausland ein wenig zu korrigieren sowie, falls notwendig, die Anwerbung ausländischer Kredite zur Entlastung des russischen Haushaltes und die Durchführung propagandistischer Mega-Projekte (wie die Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 und der APEC-Gipfel in Wladiwostok 2012) zu fördern. Bei alledem dürfen die kosmetischen Veränderungen die Monopolstellung der regierenden Gruppe um Putin und seiner

Partei sowie die Monopolstellung des von Putin begründeten staatskapitalistischen Wirtschaftssystems (»Gazprom«, »Rosneft«, die russische Eisenbahn und andere) nicht in Frage stellen oder gar in Gefahr bringen.

Das Schlagwort »Modernisierung« ist somit nicht auf eine Veränderung des Systems gerichtet, sondern, im Gegenteil, auf dessen Festigung und Erhaltung. Der Kreml ist bestrebt, die Infrastruktur sowie die technologische Basis des Systems zu modernisieren, um noch dauerhafter seine autoritären, monopolistischen Strukturen zu festigen, die auf Rohstoffexport basieren.

Übersetzung: Christoph Laug

Über den Autor

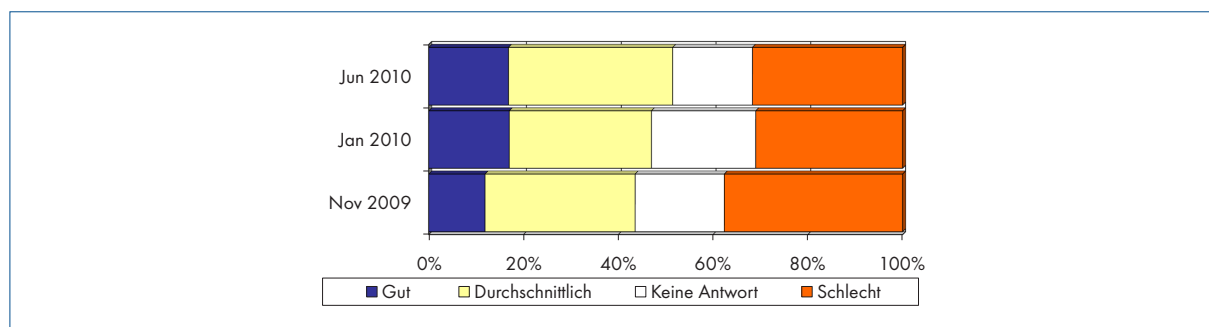
Wladimir Ryshkow, politischer Publizist, war von 1991–1993 Stellvertretender Gouverneur der Region Altaj und in den Jahren 1993–2007 Abgeordneter der russischen Staatsduma.

Umfrage

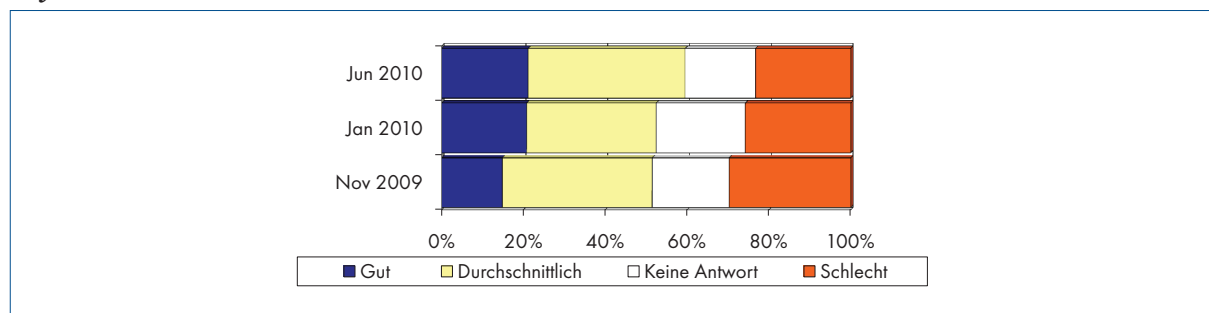
Modernisierung in Russland

Wie ist der Stand der Modernisierung und technologischen Innovation in Russland?

Alle Befragten



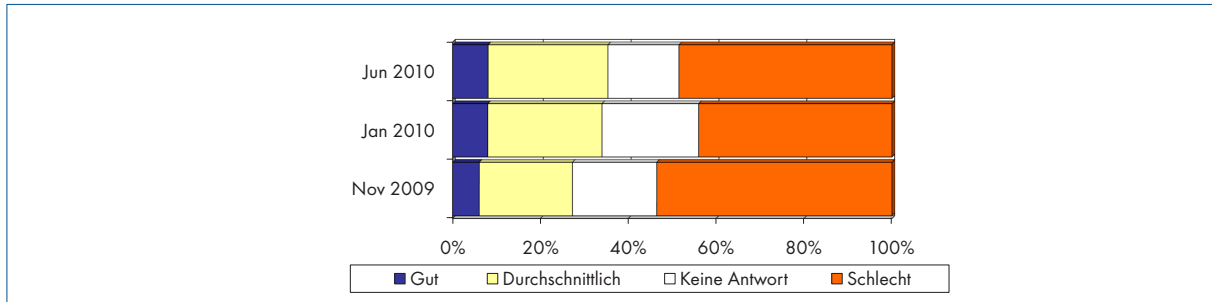
Loyal zu Putin und Medwedew



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 26.–27. Juni 2010, <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1025/d102513>

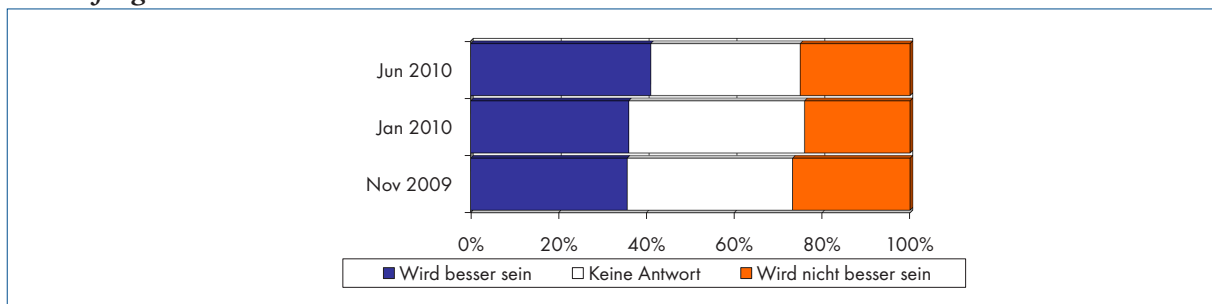
Wie ist der Stand der Modernisierung und technologischen Innovation in Russland?

Übrige

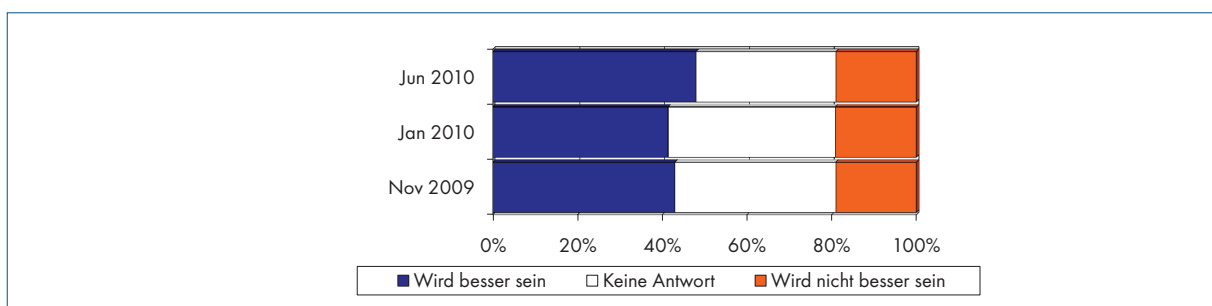


Wie wird der Stand der Modernisierung und technologischen Innovation in Russland in einem Jahr sein?

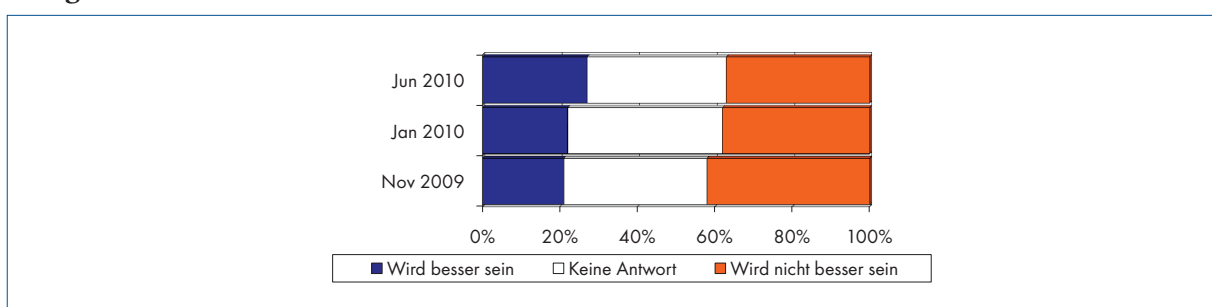
Alle Befragten



Loyal zu Putin und Medwedew



Übrige



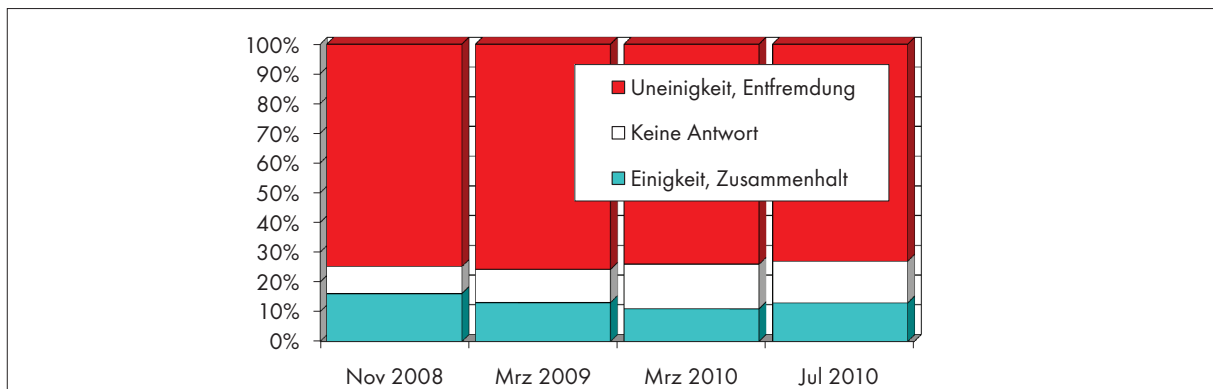
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 26.–27. Juni 2010,
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1025/d102513>

Umfrage

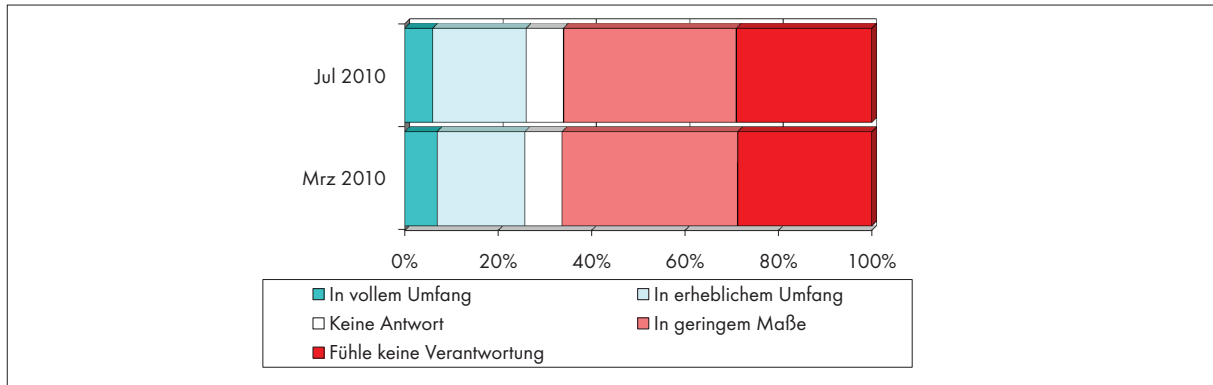
»Macht« und Volk

Das gesellschaftliche Klima in Russland

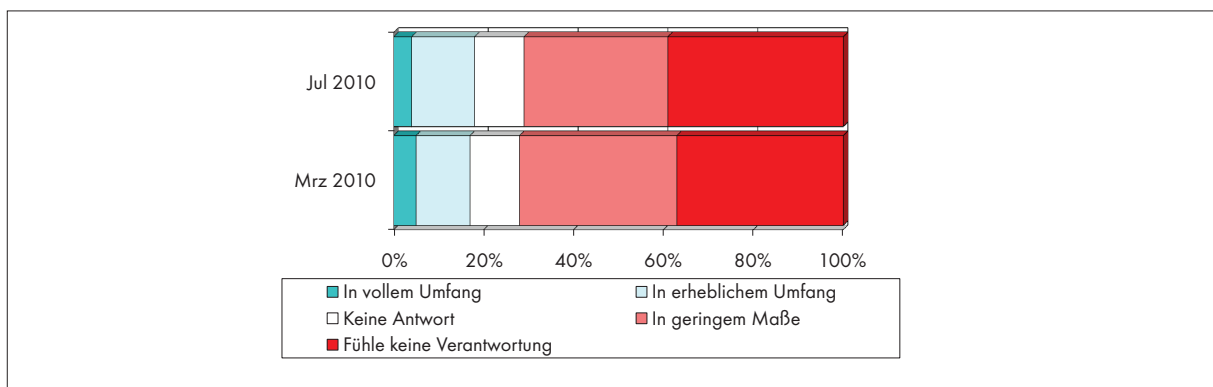
Herrscht unter den Menschen in unserem Land heutzutage eher Einigkeit und Zusammenhalt oder eher Uneinigkeit und Entfremdung?



Inwieweit fühlen Sie sich für das, was in Ihrer Stadt (Dorf, Siedlung) geschieht, verantwortlich?



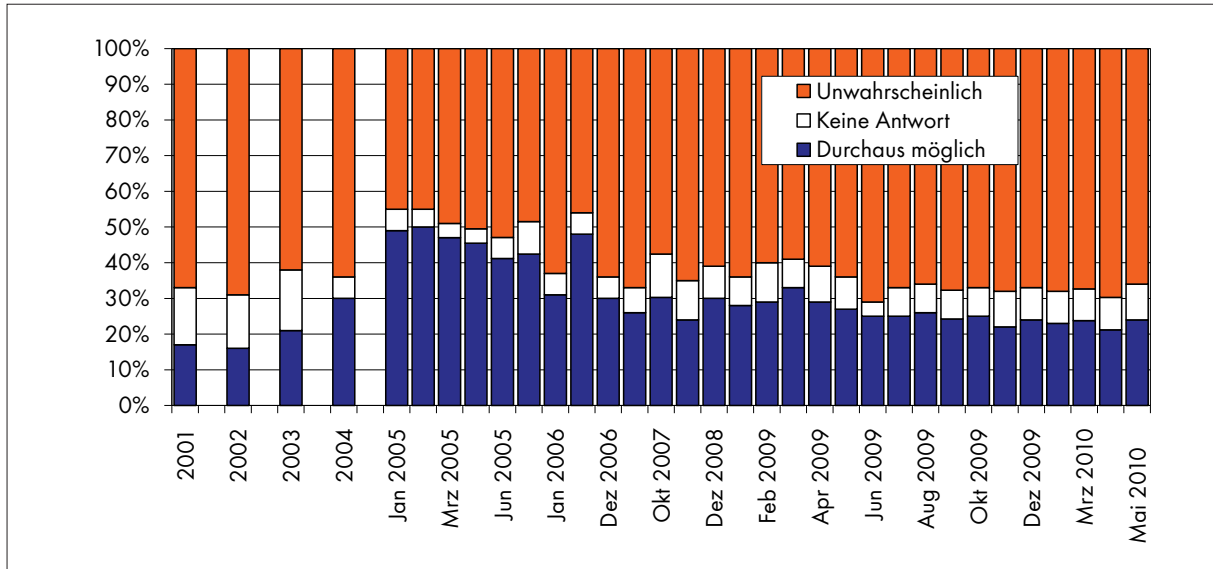
Inwieweit fühlen Sie sich für das, was in Ihrem Land geschieht, verantwortlich?



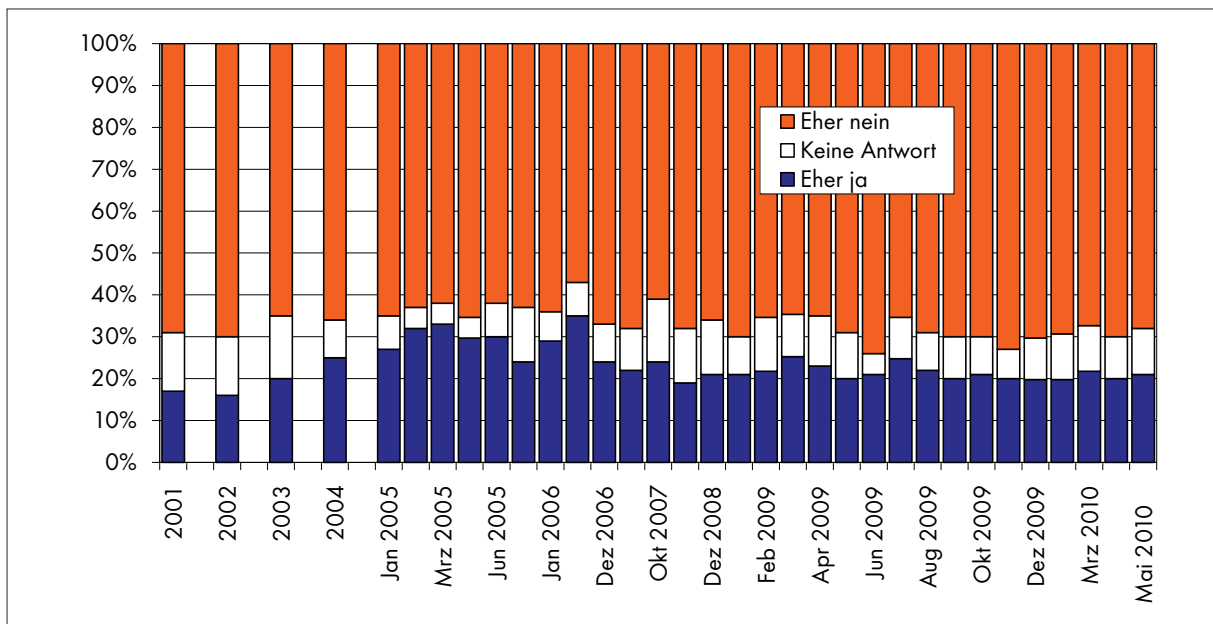
Quelle: Umfragen des FOM vom 3.–4. Juli 2010, <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1026/d102616>

Das Protestpotenzial in Russland (Daten des WZIOM)

Inwieweit ist in Ihrer Stadt/Ihrem Landkreis momentan ein Massenprotest gegen den Niedergang des Lebensstandards möglich? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)

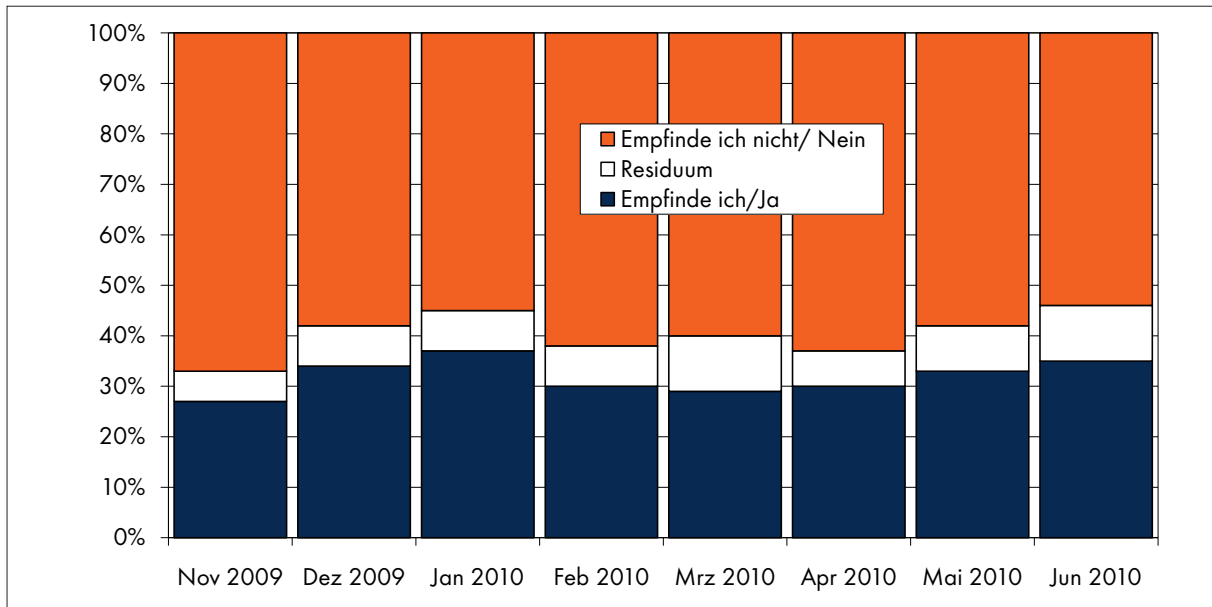


Falls ein solcher Massenprotest stattfindet, würden Sie daran teilnehmen? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)

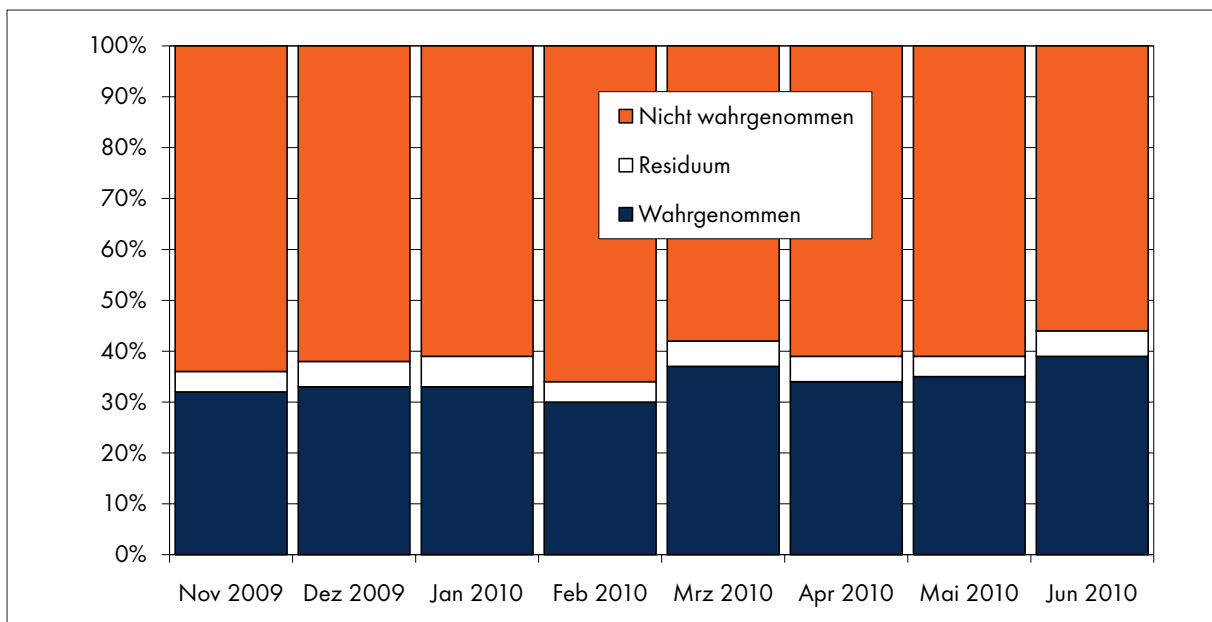


Das Protestpotenzial in Russland (Daten des FOM)

Empfinden Sie persönlich Unzufriedenheit, die Bereitschaft, an Protestveranstaltungen teilzunehmen?



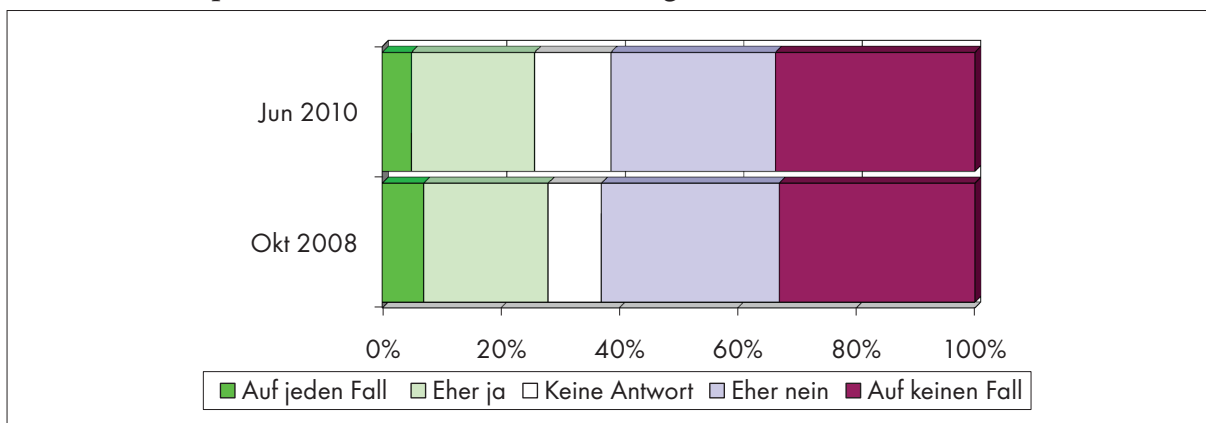
Haben Sie im letzten Monat Unzufriedenheit, die Bereitschaft der Menschen, an Protestveranstaltungen teilzunehmen, wahrgenommen?



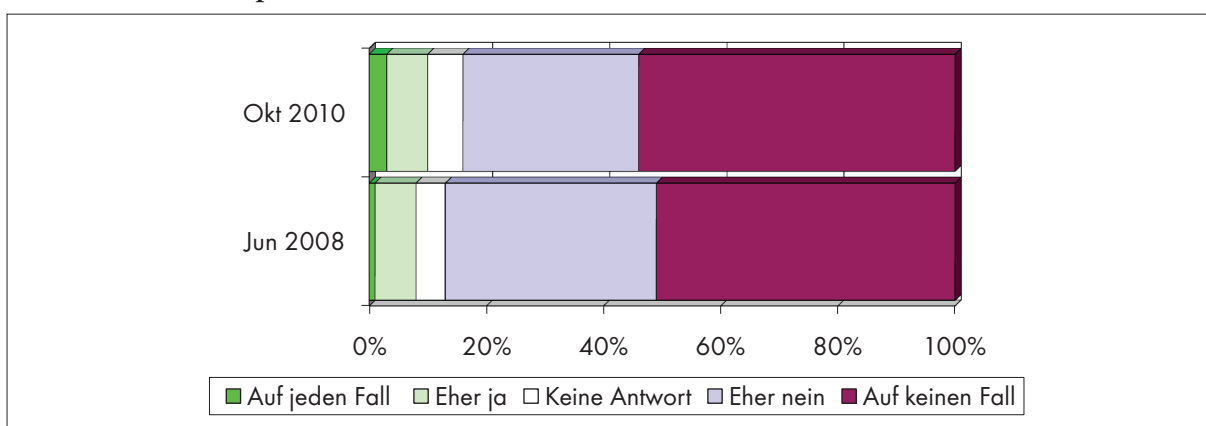
Quelle: Umfragen des FOM vom 19.–20. Juni 2010, <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1024/d102412>

Probleme der gesellschaftlich-politischen Partizipation

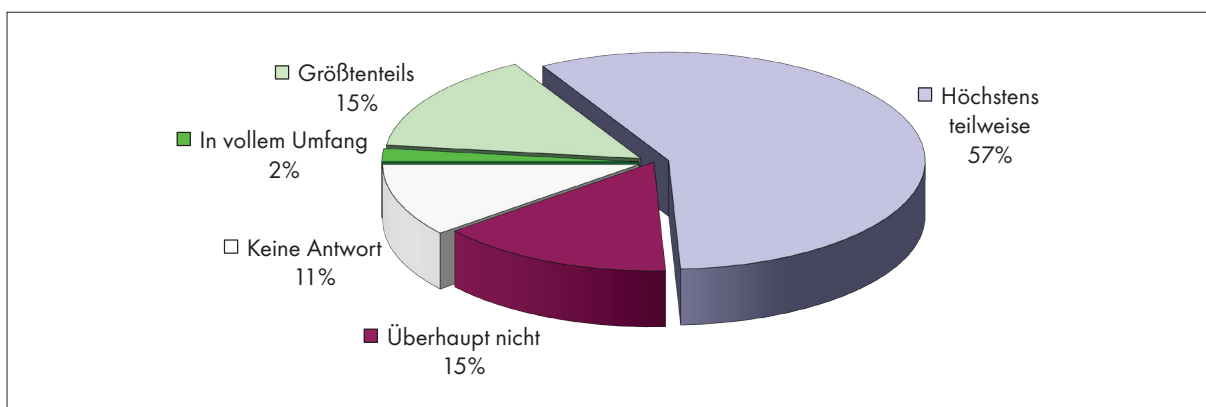
Würden Sie am politischen Leben teilnehmen, wenigstens in Ihrer Stadt?



Können Sie auf die politischen Prozesse in Russland Einfluss nehmen?



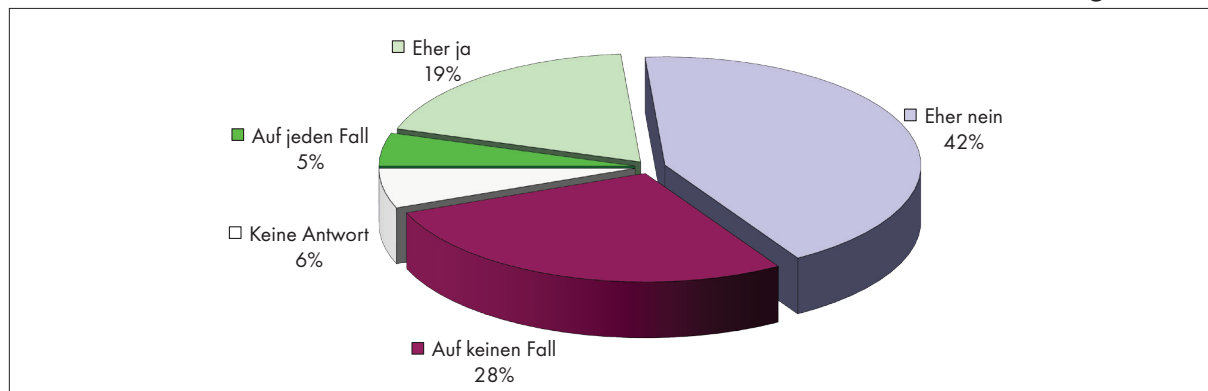
In welchem Maße gelingt es gesellschaftlichen Bewegungen und lokalen Bürgerinitiativen, im Kampf für Wohnkomfort, gegen Umsiedlung, örtliche Wohnbauprojekte und ähnliches ihre Ziele zu erreichen?



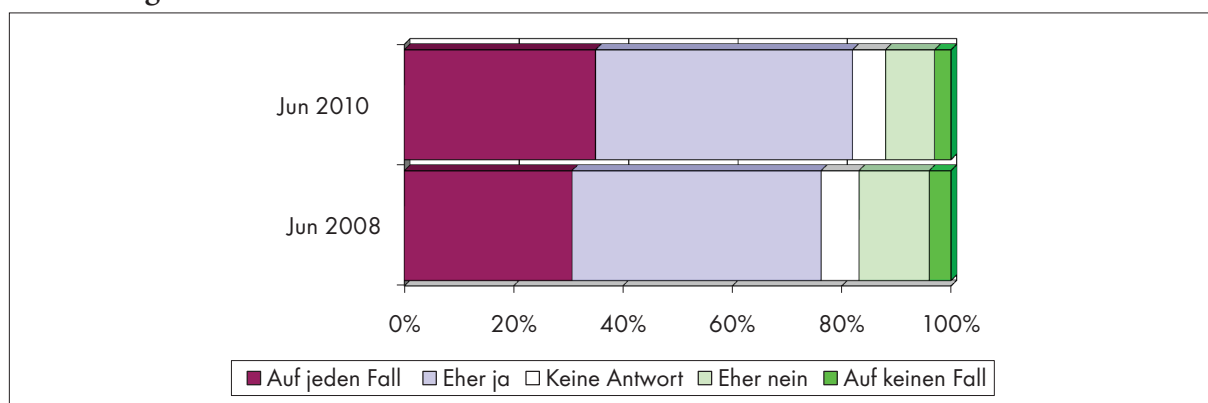
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010062502.html>

Die Beziehung zwischen Bürgern und Obrigkeit: Schutzlosigkeit, Machtlosigkeit, Willkür

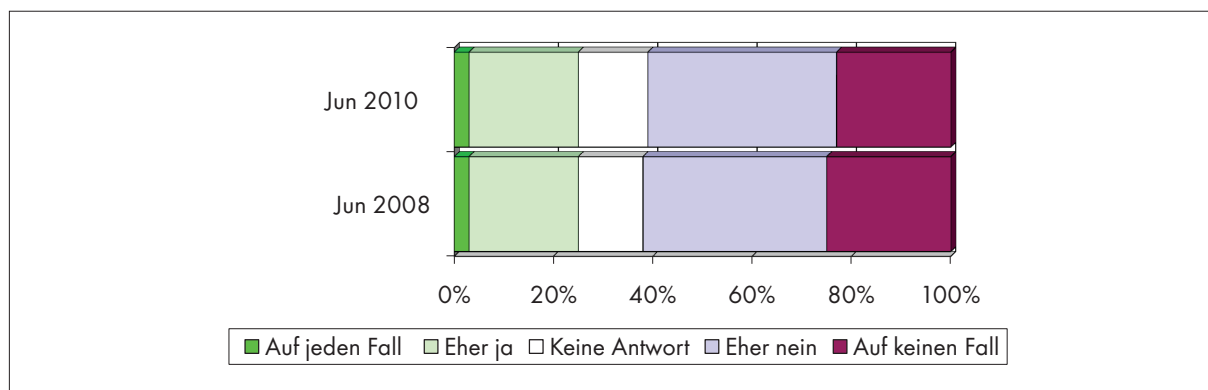
Fühlen Sie sich vor möglicher Willkür seitens der Staatsmacht, staatlicher Inspektoren der Verkehrssicherheit, Polizei, Steuerbehörden, Richtern und anderen staatlichen Strukturen geschützt?



Stimmen Sie der Behauptung zu, dass viele Staatsbeamte heutzutage die Gesetze praktisch nicht befolgen?



Können Sie in Russland Ihre Interessen oder Rechte einklagen, wenn diese verletzt werden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010062501.html>

Ranking

Die politische Führungsspitze Russlands (September 2009 – Juni 2010)

Die »Nesavisimaja gazeta« veröffentlicht monatlich ein Ranking der 100 wichtigsten russischen Politiker. Präsident Medwedew rangierte zweimal vor Putin: im September 2009 und jetzt im Juni 2010. In der vorliegenden Tabelle sind für diesen Zeitraum die Plätze der Politiker zusammengestellt, die im Juni 2010 die ersten 20 Plätze des Rankings einnahmen.

Politiker	Stellung	Juni 2010	Mai 2010	April 2010	März 2010	Februar 2010	Januar 2010	Dezember 2009	November 2009	Oktober 2009	September 2009
Medwedew, Dmitrij	Präsident	1	2	2	2	2	2	2	2	2	1
Putin, Wladimir	Ministerpräsident	2	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Kudrin, Alexej	Finanzminister	3	3	3	4	4	3	4	3	3	3
Surkow, Wladislaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	4	5	5	3	3	5	3	5	5	4
Setschin, Igor	Stellvertretender Ministerpräsident, Führer der »silowiki«	5	4	4	5	5	4	5	4	4	6
Sobjanin, Sergej	Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats	6	6	7	7	6	7	7	7	6	7
Naryschkin, Sergej	Leiter der Präsidialadministration	7	8	8	8		8	9	9	9	9
Golikowa, Tatjana	Ministerin für Gesundheitswesen und Sozialpolitik	8	11	9	10	10	10	10	12	10	10
Serdjukow, Anatolij	Verteidigungsminister	9	10	11	12	13	9	11	16	14	13
Kirill	Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus	10	7	6	6	8	6	6	6	7	5
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident	11	9	10	9	7	11	8	8	8	8
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	12	17	14–15	14	16	15	17	14	13	14

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die politische Führungsspitze Russlands (September 2009 – Juni 2010) (Fortsetzung)

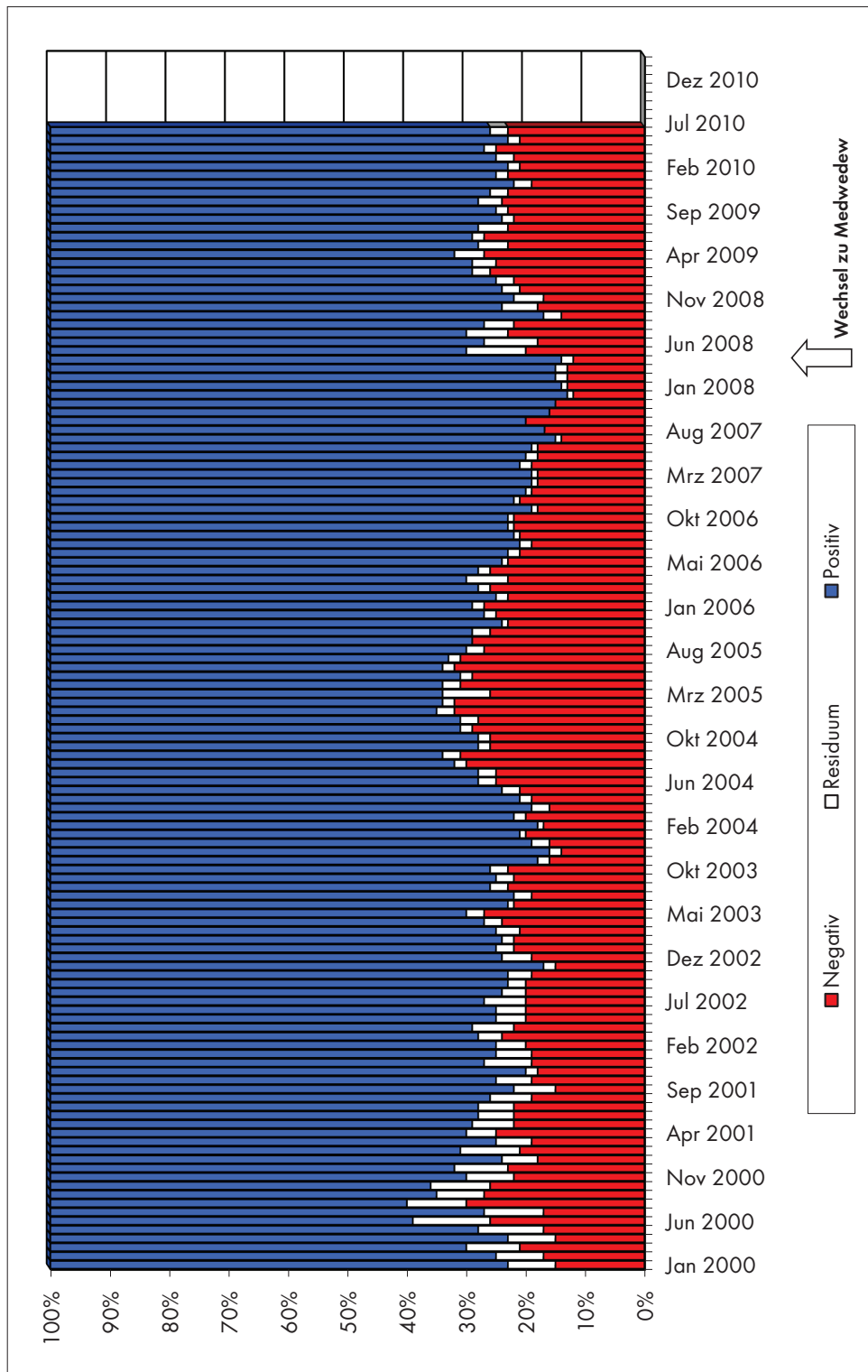
Politiker	Stellung	Juni 2010	Mai 2010	April 2010	März 2010	Februar 2010	Januar 2010	Dezember 2009	November 2009	Oktober 2009	September 2009
Dworkowitsch, Arkadij	Gehilfe des Präsidenten für Wirtschaftsfragen	13	16	18	15	14		15	15	19	19
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom	14	12	17	13	12	13	13	13	16	20
Gryslow, Boris	Vorsitzender der Staatsduma, Vorsitzender des Obersten Sowjets der Partei »Einiges Russland«	15	14	12–13	16	11	12	12	11	12	11
Nurgaljiew, Raschid	Innenminister	16	19		20		16			17	16
Lawrow, Sergej	Außenminister	17	13	12–13	11	15	14	16	10	11	12
Nabiullina, Elwira	Ministerin für Wirtschaftsentwicklung	18	18	16	17	9		19–20		20	17
Chloponin, Alexander	Stellvertreter Ministerpräsident und Präsidentschaftsvollmächtiger für den Nordkaukasus	19	15	14–15	18–19						
Iwanow, Anton	Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsgerichts.	20									

Quelle: D. Orlov: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w ijune 2010 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 30.06.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-06-30/9100pol.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w maje 2010 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 01.06.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-06-01/510p100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w aprele 2010 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 30.04.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-04-30/10top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w marte 2010 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 31.03.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-03-31/8top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w februale 2010 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 01.03.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-03-01/6pollitics.html>; 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w januare, in: Nesawisimaja Gaseta, 01.02.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-02-01/6top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w 2009 goda, in: Nesawisimaja Gaseta, 13.01.2010 <http://www.ng.ru/ideas/2010-01-13/5top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w nojabre, in: Nesawisimaja Gaseta, 01.12.2009 <http://www.ng.ru/ideas/2009-12-01/5top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w oktjabre, in: Nesawisimaja Gaseta, 30.10.2009 <http://www.ng.ru/ideas/2009-10-30/7top100.html>; ders.: 100 weduschtschich politikoŭ Rossii w senjubre, in: Nesawisimaja Gaseta, 30.09.2009 <http://www.ng.ru/ideas/2009-09-30/10top100.html>.

Präsident, Ministerpräsident und andere Politiker

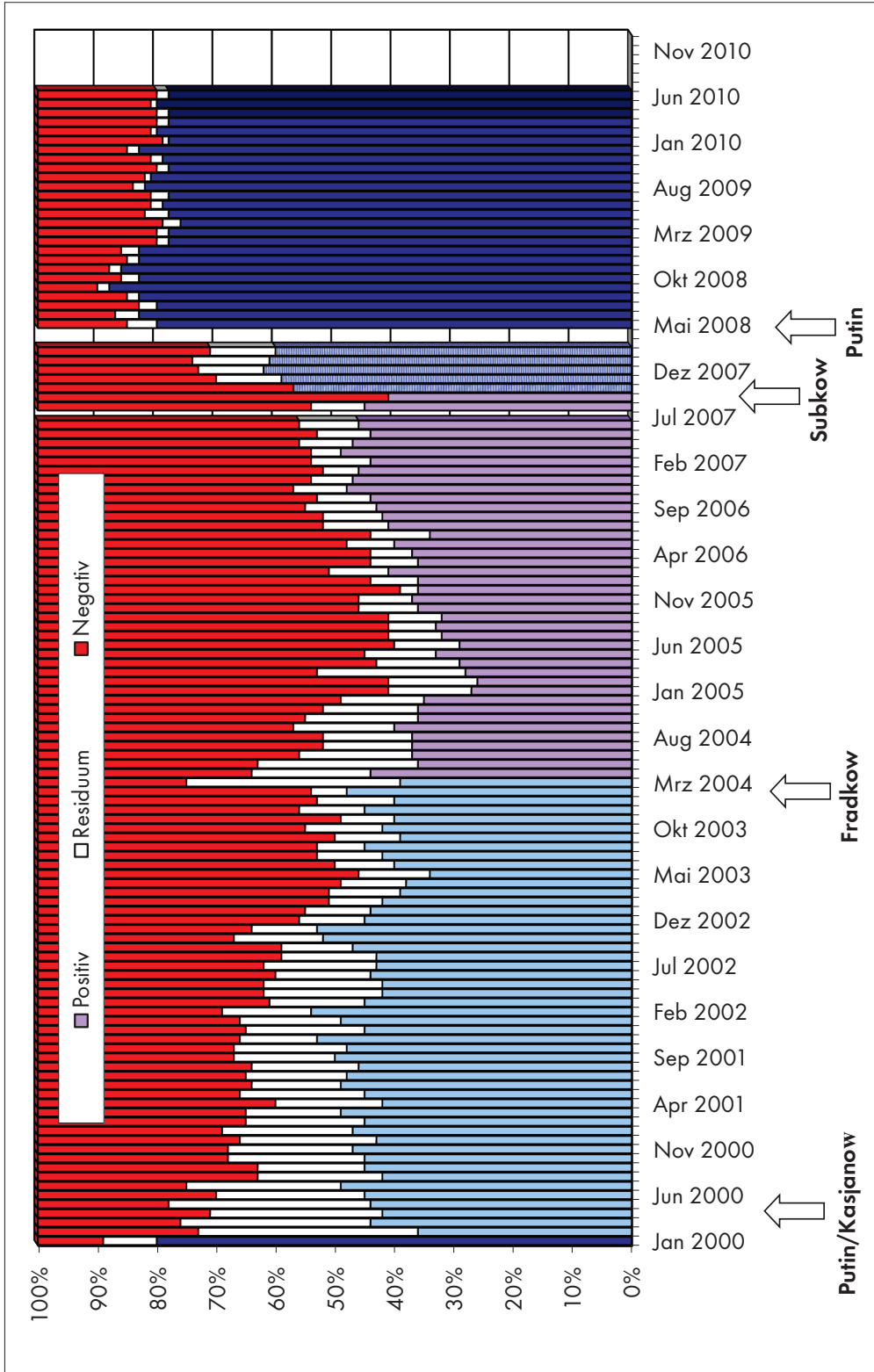
Die Ratings des Lewada-Zentrums

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins/Medwedews als Präsident Russlands?



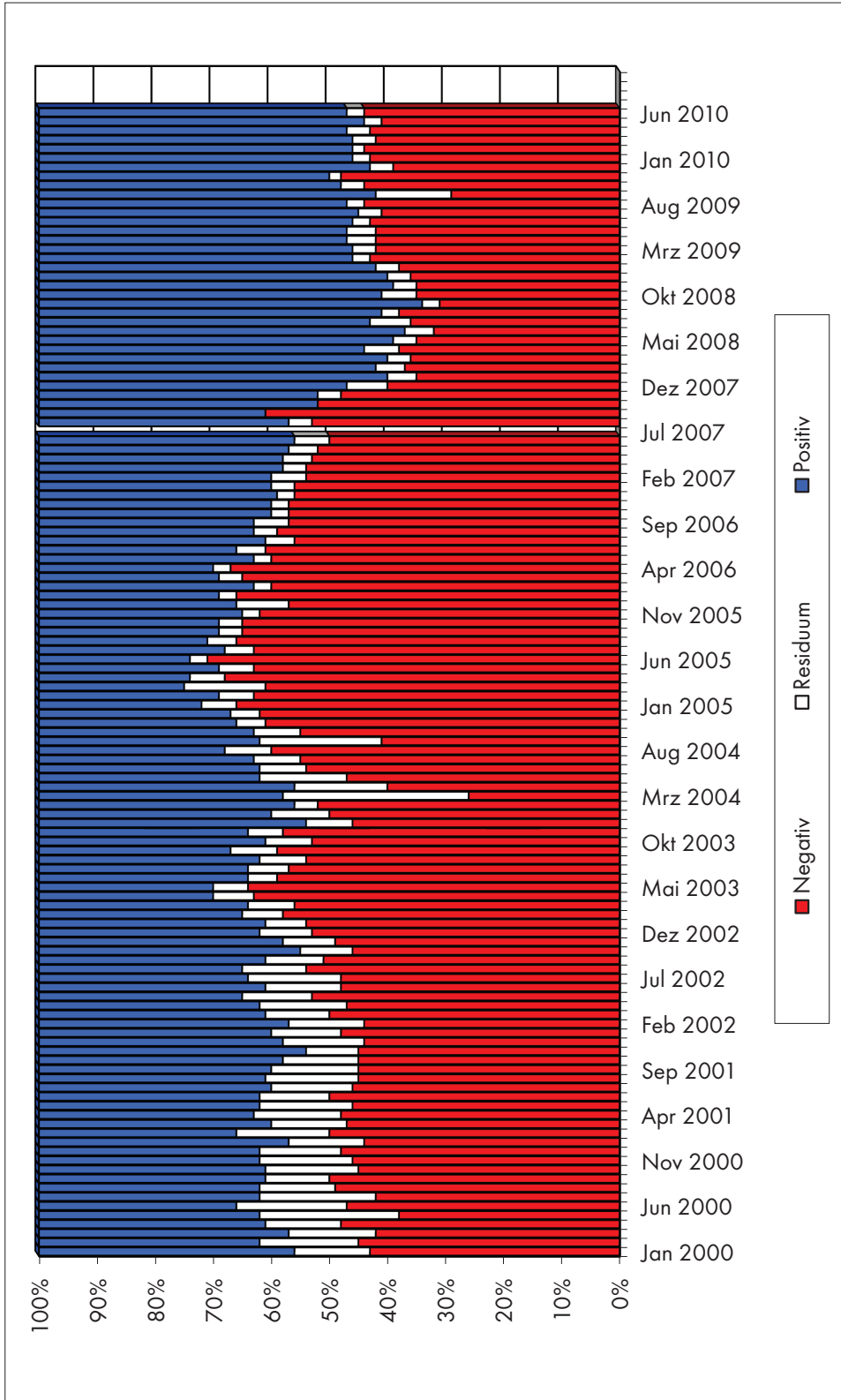
Quelle: <http://www.levada.ru/prezident.html>, 1.8.2007; <http://www.levada.ru/press/2008101604.html>, 17.10.2008; <http://www.levada.ru/press/2009102207.html>, 22.10.2009; <http://www.levada.ru/press/2010020802.html>, 8.02.2010; <http://www.levada.ru/press/2010030404.html>, 8.03.2010; <http://www.levada.ru/press/2010032506.html>, 26.03.2010; <http://www.levada.ru/press/2010042205.html>, 22.04.2010; <http://www.levada.ru/press/2010052708.html>, 28.5.2010; <http://www.levada.ru/press/2010062401.html>, 29.6.2010.

Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?



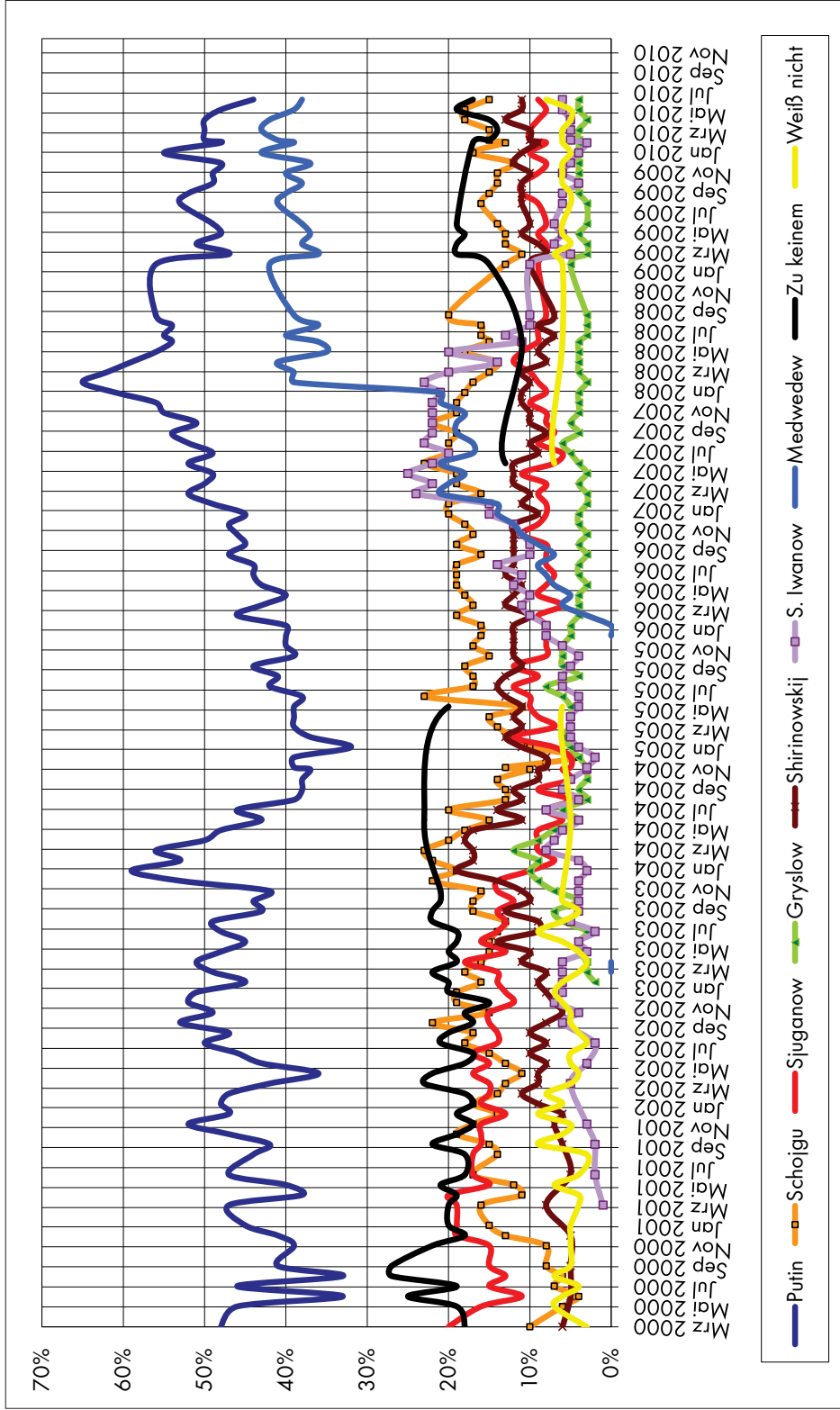
Quelle: <http://www.levada.ru/pravitelstvo.html>, 18.8.2006; <http://www.levada.ru/press/2010020802.html>, 8.02.2010; <http://www.levada.ru/press/2010030404.html>, 8.03.2010; <http://www.levada.ru/press/2010032506.html>, 26.03.2010; <http://www.levada.ru/press/2010042205.html>, 22.04.2010; <http://www.levada.ru/press/2010052708.html>, 28.5.010; <http://www.levada.ru/press/2010062401.html>, 29.6.2010.

Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russische Regierung?



Quelle: <http://www.levada.ru./pravitelstvo.html>, 18.8.2006; <http://www.levada.ru./press/2010020802.html>, 8.02.2010; <http://www.levada.ru./press/2010030404.html>, 8.03.2010; <http://www.levada.ru./press/2010032506.html>, 26.03.2010; <http://www.levada.ru./press/2010042205.html>, 22.04.2010; <http://www.levada.ru./press/2010052708.html>, 28.5.010; <http://www.levada.ru./press/2010062401.html>, 29.6.2010.

Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?
 (Populäritätswerte 2000–2010 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Quelle: Angaben auf der Homepage des WZIAM, www.wziom.ru bzw. des Lewada-Zentrums, www.levada.ru [Einzelnachweise auf Nachfrage]

Dokumentation

Die »Partisanen« von Primorje

Von Christoph Laug, Berlin

Von Ende Mai bis Mitte Juni 2010 überfiel im Umkreis der Stadt Ussurijsk, unweit von Wladiwostok im Bezirk Primorje, eine Bande Jugendlicher wiederholt Polizeistationen. Bei den Angriffen wurde ein Milizionär (Polizist) getötet, drei weitere verletzt. Es wurden Waffen und Schutzwesten entwendet. Die Zahl der Sicherheitskräfte in der fernöstlichen Region wurden daraufhin deutlich erhöht und es wurden verstärkt Straßenkontrollen durchgeführt. In der Folge wurden zwei Bandenmitglieder festgenommen und zwei weitere erschossen, wobei zuerst berichtet wurde, sie hätten Selbstmord begangen.

In den Medien wurden andere Gewalttaten gegen Polizisten, die zur gleichen Zeit stattfanden, mit den Vorfällen in Primorje in Zusammenhang gebracht. Auf der Autotrasse Perm-Jekaterinburg wurde bei einem gezielten Angriff am »Tag Russlands« (12. Juni) ein Milizionär getötet und drei weitere verletzt. Im Nowgoroder Gebiet, im Nordwesten des Landes, wurden am selben Tag zwei Polizisten bei einem Angriff schwer verwundet.

Interessant dabei ist die öffentliche Reaktion auf die Vorfälle. Kurz nach den ersten Übergriffen in Fernost wurde in den Medien verbreitet, dass der ehemalige Tschetschenien-Kämpfer Roman Muromez sich den »Partisanen« angeschlossen habe. Tage später wurde dieses Gerücht dementiert – es zeigt jedoch, welche Aufmerksamkeit und öffentliche Reaktion die Taten der Jugendlichen hervorrief.

Die Behörden versuchten vergeblich, sich gegen die Begriffe »Partisanen« oder auch »Rächer des Volkes« zu wehren, die in der Öffentlichkeit verwendet wurden. Die lokale Polizeiführung war über das Ausmaß an Zustimmung zu den Taten der Jugendlichen schockiert. Sie bezeichnete es als unerträglich, dass Gewalttaten gegen staatliche Sicherheitskräfte auf öffentliche Zustimmung stoßen würden.

In einer Repräsentativbefragung des Lewada-Zentrums, die eine Woche nach den Vorfällen erhoben wurde, wird dieser öffentlichen Reaktion auf den Grund gegangen.

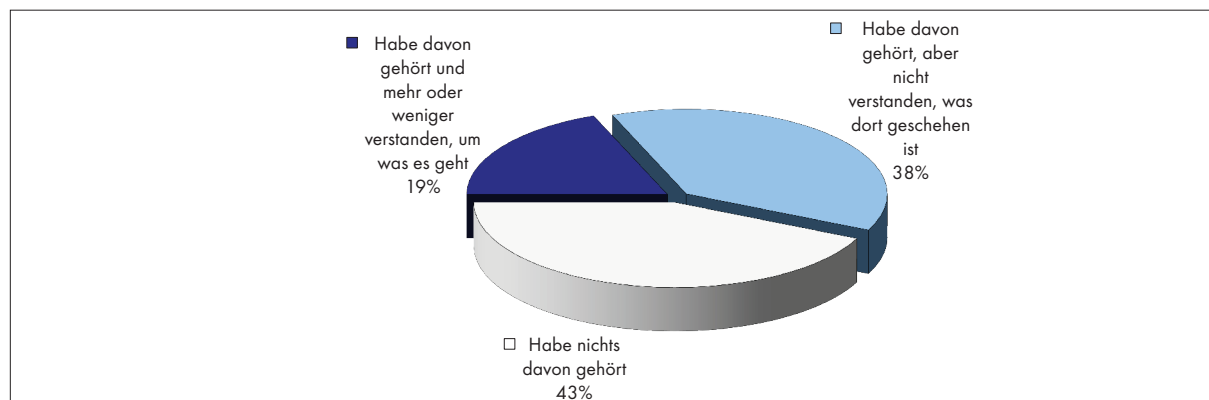
Über den Autor

Christoph Laug, BA, ist Praktikant in der Forschungsgruppe Russland/GUS der SWP, Berlin.

Umfrage

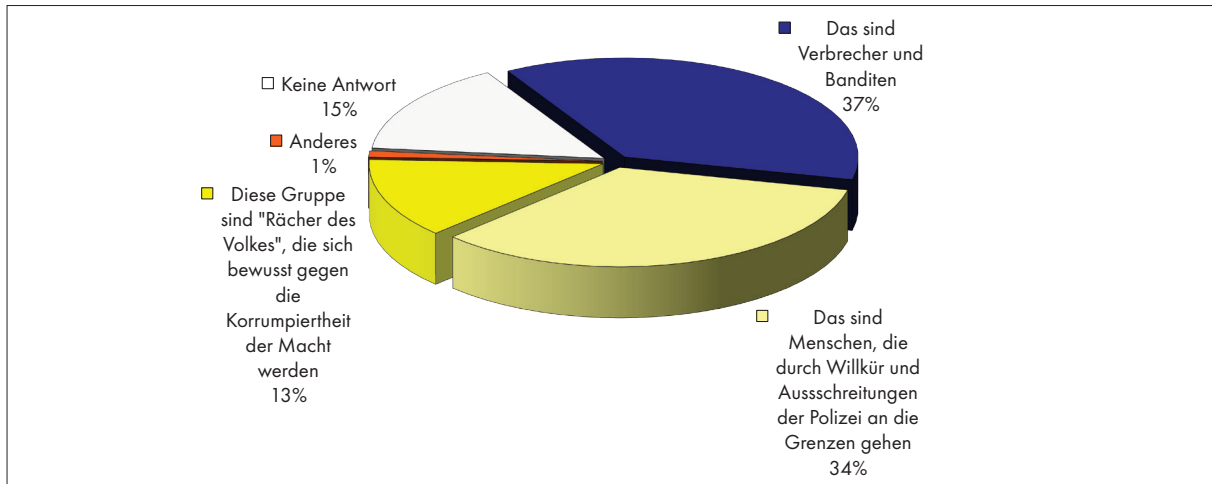
Zu den Angriffen auf Polizeikräfte in der Region Primorje

Haben Sie von der Liquidierung einer Gruppe bewaffneter Jugendlicher im Bezirk Primorje gehört, die Polizeiposten angriff und Polizisten tötete? Wenn ja, inwieweit sind Ihnen die Vorgänge verständlich?

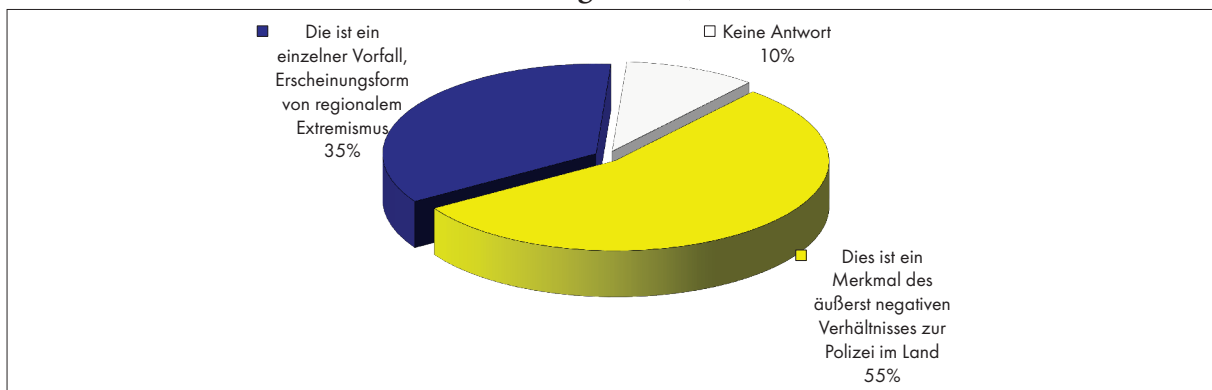


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010062900.html>

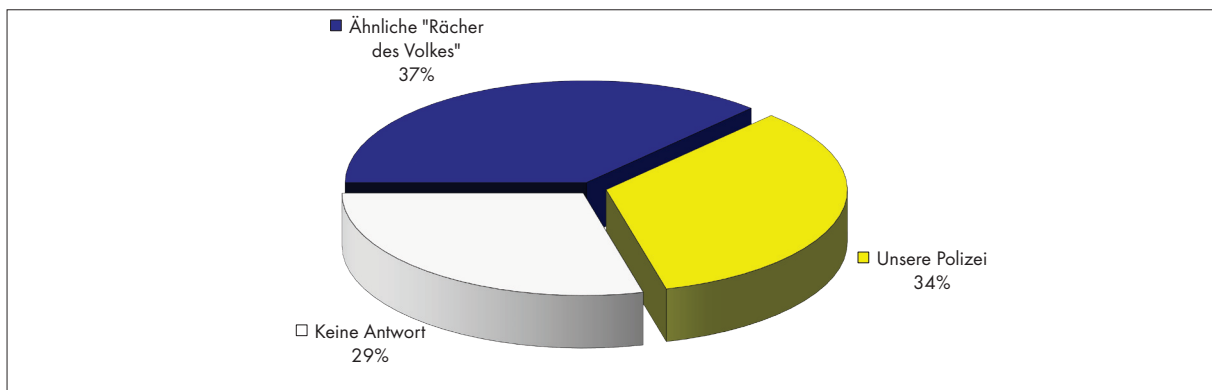
Welche Gefühle rufen die Handlungen dieser Jugendlichen bei Ihnen hervor? (in % derjenigen, die angaben, von den Vorfällen erfahren zu haben)



Sind dies vereinzelte Vorfälle, Erscheinungsformen von regionalem Extremismus oder Merkmal eines äußerst negativen Verhältnisses zur Polizei im Land? (in % derjenigen, die angaben, von den Vorfällen erfahren zu haben. Antworten geordnet)



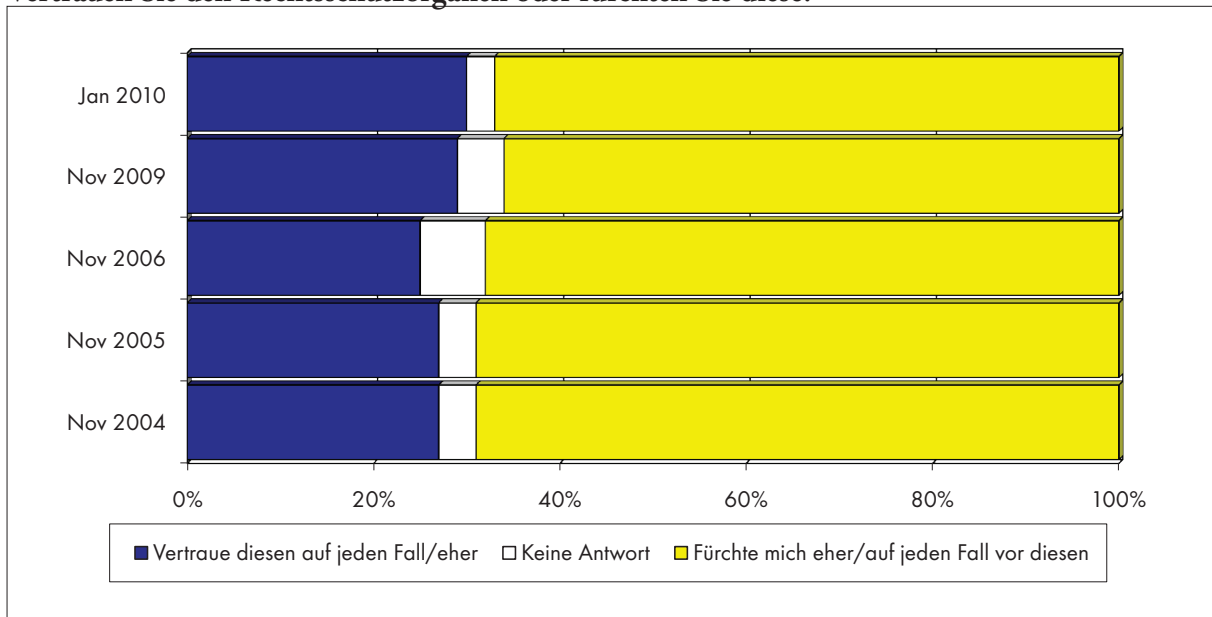
Wer bedroht im Moment den einfachen Bürger am meisten: unsere Polizei oder ähnliche »Rächer des Volkes«?



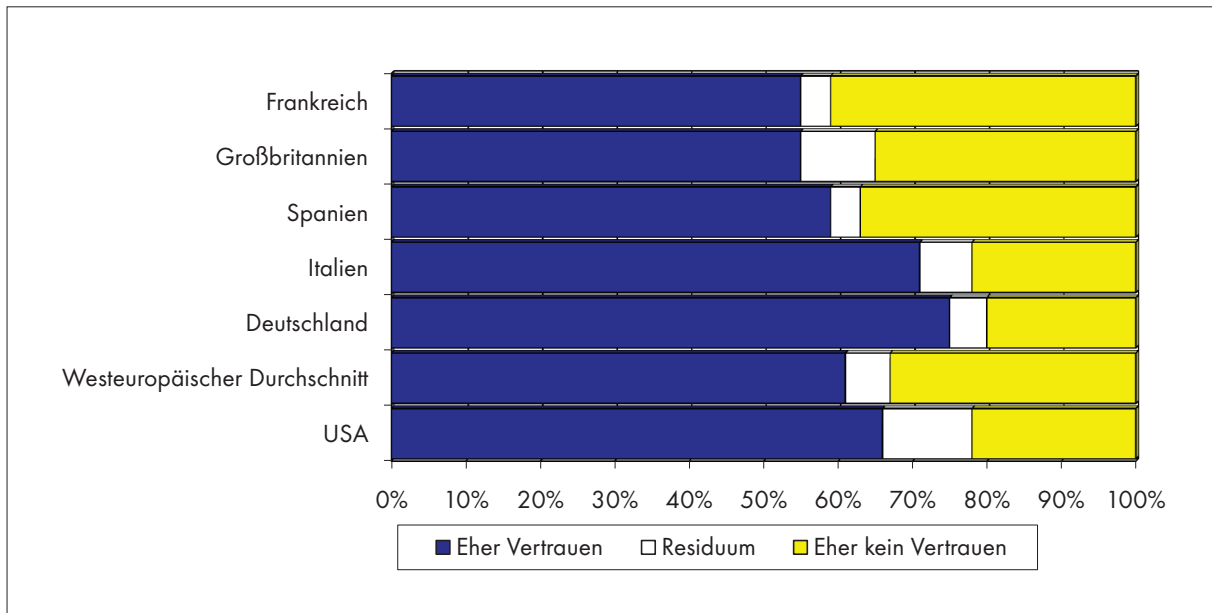
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010062900.html>

In Russland vertraut man den Rechtsschutzorganen nicht

Vertrauen Sie den Rechtsschutzorganen oder fürchten Sie diese?



Vertrauen in die Polizei in den USA und in Westeuropa



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 29.01.–1.02.2010, <http://www.levada.ru/press/2010021605.html>

Kommentar

Chodorkowskij zwischen Verurteilung und Freilassung: Gibt es einen Ausweg?

Von Jens Siegert, Moskau

Der zweite Prozess gegen die ehemaligen JuKOS-Eigner Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew geht seinem Ende entgegen. Seit März 2004 wird in Moskau verhandelt. In Kürze wird die Beweisaufnahme beendet sein. Dann kommen nur noch die Plädoyers von Anklage und Verteidigung, bevor das Gericht sein Urteil sprechen muss. Das Urteil kann zwar noch angefochten werden, doch selbst mit Berufungsverfahren wird es Ende diesen, Anfang nächsten Jahres höchstwahrscheinlich ein rechtskräftiges Urteil geben.

Was aber ist so wichtig am Ausgang dieses Prozesses? Immerhin sitzen beide Angeklagten seit knapp sieben Jahren im Gefängnis. Beide wurden im ersten Prozess wegen Steuerhinterziehung zu jeweils acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Beiden wurde die rechtlich mögliche vorzeitige Entlassung nach der Hälfte der Haftdauer auf Bewährung unter wenig stichhaltigen Vorwänden verweigert. Die anfangs aufgeregte öffentliche Reaktion in Russland und im Ausland ist längst einer Resignation gewichen; diese wird nur noch selten und von wenigen, die obendrein kaum Macht oder Einfluss haben, durchbrochen. Kurz, man könnte meinen, es sei egal, wie der Prozess ausgeht, weil er politisch bedeutungslos geworden ist. Doch dieser Schluss ist falsch. Im Gegenteil, der Prozess und sein Ausgang sind hochpolitisch. Ich werde hier versuchen darzulegen, warum, und warum es sich lohnen könnte, einige Anstrengungen zu unternehmen, seinen Ausgang noch zu beeinflussen (wobei mir klar ist, dass die Chancen dafür sehr klein sind).

Schuldig oder unschuldig?

Es gibt in Russland, aber auch im westlichen Ausland durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber, ob sich Chodorkowskij und Lebedew nun, im Sinne der Anklage des ersten Prozesses, schuldig gemacht haben oder nicht. Ich selbst neige nach einem intensiven Seminar mit dem Chodorkowskij-Verteidiger Jurij Schmidt, einem sehr wohlbeleumundeten Menschenrechtsanwalt, Letzterem zu, obwohl ich zugeben muss, einige der insgesamt 13 Anklagepunkte mit meinem begrenzten ökonomischen und buchhalterischen Wissen nicht vollständig verstanden zu haben. Doch gleichzeitig herrscht selbst in Russland erstaunlich große Einigkeit darüber, dass beide nicht *deswegen* verurteilt wurden, sondern weil sie es wagten, sich dem vom damaligen Präsidenten Wladimir Putin zum Beginn seiner Amtszeit den

sogenannten »Oligarchen«, also denjenigen, die damals über große Teile der russischen Rohstoff-, Industrie- und Finanzunternehmen verfügten, angetragenen Deal zu verweigern. Der Deal sah vor, dass die »Oligarchen« ihre in den 1990er Jahren meist in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen erworbenen riesigen Vermögen behalten und weiter mehren dürfen, wenn sie sich gleichzeitig politisch enthalten zeigen. Ihr die Wirtschaft, wir die Politik, war Putins Angebot. Chodorkowskij verweigerte sich. In der Folge wurde im Sommer 2003 erst sein Kompagnon Platon Lebedew verhaftet, dann Ende Oktober er selbst. Der JuKOS-Konzern wurde zerschlagen. Seine wichtigsten Teile landeten über wenig verschleierte Umwege bei Staatskonzernen wie Gazprom und Rosneft, die bis heute von Putin und seiner Umgebung kontrolliert werden.

Die Verhaftung, der Prozess und das harte Urteil von acht Jahren wurden als Signal an alle anderen ausreichend Reichen in Russland aufgefasst, ihnen könnte Ähnliches widerfahren, sollten sie sich ohne Sanktionierung durch den Kreml politisch zu betätigen versuchen. In der Rückschau lässt sich der JuKOS-Fall mit einigem Recht als Schlüsselereignis in der Entwicklung Russlands zu einem autoritären politischen System interpretieren. Mit ihm wurde klar (und klar gemacht), dass es im Land nur einen Machtpol, nämlich den Kreml oder noch genauer Wladimir Putin und keine Checks und Balances mehr gibt. Die Folgen dieser Entwicklung waren eine starke Degradation fast aller staatlichen Institute (Parlament, Gerichtssystem, Sicherheitsorgane, Bildungssystem), eine schleichende Re-Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige, parasitierende Staatskorporationen, die Abschreckung ausländischer Investoren und eine Generation von unfreien, »ängstlichen« Unternehmern. Durchaus treffend hat all diese Probleme auch Präsident Medwedew in seinem vorigen Herbst in der Internetzeitung Gazeta.Ru erschienenen Artikel »Vorwärts Russland« beschrieben.

Bei den Beschuldigungen im zweiten Prozess – es geht um den Diebstahl eines großen Teils des vom JuKOS-Konzern innerhalb von fünf Jahren geförderten Öls und um Geldwäsche – ist es einfacher: Sie sind nach bis selbst in die russische Regierung verbreiteter Meinung einfach nur absurd, wie wir aufgrund der Aussagen vor Gericht Mitte Juni von Minister Viktor Christenko und Ex-Minister German Gref wissen.

Welches Signal? Wofür?

All dies hat also zu einer Situation geführt, in der kaum jemand am politischen Charakter des zweiten Prozesses gegen Chodorkowskij und Lebedew zweifelt. Daher ist es für die politischen Folgen des Urteils, wie immer es aussehen mag, nicht einmal mehr wichtig, ob die Angeklagten nun schuldig sind oder nicht. Das Urteil wird von allen relevanten Akteuren als politisch aufgefasst werden und eben deshalb politische Folgen haben. Gerade da alle erwarten, dass es ein Signal sein wird, wird es ein Signal sein.

Kaum jemand zweifelt also daran, dass die Entscheidung, welches Urteil im Chodorkowskij-Prozess gefällt wird, von der höchsten politischen Führung getroffen wird. Ebenso gibt es große Einigkeit darin, dass eher Premierminister Putin als Präsident Medwedew in dieser strategischen Entscheidung das letzte Wort hat. Dabei werden bisher vor allem zwei Szenarien diskutiert: schuldig oder nicht schuldig.

Die Wahl zwischen diesen beiden Szenarien ist für die, die entscheiden müssen, schwierig: Entweder werden die Angeklagten freigesprochen oder zu sehr hohen neuen Haftstrafen verurteilt. Sie freizusprechen erscheint aus Sicht der russischen Machthaber unmöglich. Ein Freispruch würde allgemein dahingehend gedeutet, dass der Prozess politisch motiviert ist, schlimmer aber noch, als Zeichen der Schwäche ausgelegt – mit entsprechenden negativen Folgen für das politische Renommee von Putin und Medwedew. Eine Verurteilung aber würde als Ende der vorsichtigen Öffnungen des vergangenen Jahres verstanden werden, besser noch als ein Ende der Hoffnung, dass an den liberalen Signalen vor allem Medwedews und folglich auch an der Ernsthaftigkeit der Modernisierungsbemühungen etwas dran sein könnte. Denn dahinter steckt ja, so die Hoffnung, die Einsicht, dass Russland vom Westen Geld und Know how für die Modernisierung des Landes braucht. Geld und Know how, das es anderswo in dieser Kombination nicht gibt. Und, noch kühner, dass diese Modernisierung keine ausschließlich technische, administrative sein kann, sondern nur bei Einbeziehung auch des politischen Systems Aussicht auf Erfolg hat.

Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma?

Was also tun? Gibt es eine Möglichkeit für Putin und Medwedew, Chodorkowskij und Lebedew frei zu lassen, ohne dass es wie ein Sieg für die Gefangenen aussähe? Nach Meinung der Anwälte von Chodorkowskij und Lebedew gäbe es die durchaus. Wie könnte eine Lösung aussehen, bei der Putin und Medwedew das Gesicht wahren? Zunächst einmal drei Bewertungen:

1. Im kommenden Jahr enden bei beiden Angeklagten ihre Haftstrafen aus dem ersten Prozess (jeweils acht Jahre). Ohne eine erneute Verurteilung müssen sie frei gelassen werden. Dafür müssen weder Medwedew noch Putin handeln. Der Rechtsstaat tut einfach seine Pflicht. Niemandem könnte vorgeworfen werden, »schwach« geworden zu sein oder eine Niederlage erlitten zu haben.
2. Ein Teil der Anschuldigungen im zweiten Prozess, die angebliche Geldwäsche, ist bereits seit November 2008 verjährt. Das könnte das Gericht mit Hinweis auf die geltenden Gesetze feststellen und die Anklage in diesem Punkt verwerfen.
3. Die Hauptbeschuldigung, der Vorwurf, das Öl des eigenen JuKOS-Konzerns gestohlen und unter der Hand veräußert zu haben, lässt sich nach Juristenmeinung durchaus als eine Wiederholung der Anklage aus dem ersten Prozess interpretieren. Diese Erkenntnis könnte das Gericht im Laufe der nun schon über ein Jahr dauernden Verhandlung gewonnen haben (und damit die lange Prozessdauer begründen). Auch das russische Recht kennt natürlich den Grundsatz, dass niemand für die gleiche Tat zweimal verurteilt werden darf.

Zusammengefasst: Die erste Strafe haben die Angeklagten (fast) abgesessen, eine zweite Verurteilung für dieselbe Tat ist nicht rechtmäßig. Für die politischen Machthaber und auch die Staatsanwaltschaft bliebe aber die erste Verurteilung bestehen. Sie könnten weiter, wie Putin wiederholt, der Öffentlichkeit gegenüber behaupten, es handele sich bei Chodorkowskij und Lebedew um Rechtsbrecher, die zu Recht, also für von ihnen begangene Verbrechen und nicht aus politischen Gründen, und in einem rechtsstaatlichen Prozess verurteilt worden seien. Sie hätten nichts zurück zu nehmen und niemand könnte sie auf dieser Grundlage der Lüge (oder der Verleumdung) zeihen.

Es ist klar, dass das ein sehr grobes Szenario ist, das erst einmal nur die Richtung einer Lösung angibt. Außerdem birgt es viele kleine, in den Details liegende Fallstricke. Ich möchte nur zwei nennen, ohne hier näher darauf eingehen zu können:

Zum einen sind vor internationalen Gerichten, darunter dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, mehrere Verfahren gegen den russischen Staat in der JuKOS-Sache anhängig, die nicht von Chodorkowskij oder Lebedew initiiert worden sind. Sie könnten ihre Beschwerden dort folglich auch nicht als Teil eines Deals für ihre Freilassung zurückziehen. Zumindest einer dieser Fälle, die Klage von nicht-russischen JuKOS-Aktionären gegen den unter zweifelhaften Umständen erfolg-

ten Bankrott von Teilen des Konzerns und ebenfalls zweifelhafte Verkäufe von Tochterunternehmen, droht zu einem bis zu 100 Milliarden US-Dollar schweren Debakel für Russland zu werden.

Zum zweiten scheint es in der russischen Führung immer noch Angst vor einem Michail Chodorkowskij zu geben, der sich in Freiheit *und* in Russland befindet. Frühere Verhandlungen über eine Freilassung sollen jedenfalls unter anderem an der standhaften Weigerung Chodorkowskij gescheitert sein, das Land nach seiner Freilassung zu verlassen. Seinen Versicherungen, sich künftig keinesfalls öl-unternehmerisch und auch nicht politisch zu betätigen, wird im Kreml und im russischen »Weißen Haus« offenbar nicht getraut.

Gibt es trotzdem eine Chance? Und wer könnte etwas zu ihrer Verwirklichung beitragen?

Nennenswerter innenpolitischer Druck in Russland für eine Freilassung von Chodorkowskij und Lebedew ist nicht zu erwarten. Ob es in der russischen Führung, zwischen Medwedew und Putin zum Beispiel, Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit dem Fall gibt oder nicht, weiß niemand genau zu sagen. Allerdings könnte aus dem Ausland versucht werden, den jeweiligen russischen Gesprächspartnern klar zu machen, dass die Freilassung der beiden Gefangenen vielerlei politische Dividenden verspricht, wohingegen eine erneute Verurteilung erhebliche Probleme mit sich brächte.

So klein die Chancen auch sind, sollte aber auch aus mindestens einem weiteren Grund alles versucht werden, um die Entscheidungsträger (ich wiederhole: das heißt nach allem, was ich sagen kann: Putin) davon zu überzeugen, Chodorkowskij und Lebedew freizulassen: Bei einer neuen Verurteilung drohen ihnen bis zu 20 weitere Jahre im Lager. Und es gibt bei diesem zweiten Prozess, im Gegensatz zum ersten, keinerlei Zweifel am rein politischen Charakter der Anklage. Politischen Gefangenen aber muss man politisch helfen.

Es gibt es noch einen weiteren guten Grund für politisches Handeln. Das Urteil wird, je nachdem wie es aus-

fallen wird, weitreichende politische Folgen in Russland, aber auch für die Beziehungen zum Westen haben. Bildlich ausgedrückt (auch wenn das inhaltlich so nicht ganz stimmt), wird das Urteil zeigen, ob sich Russland auf dem »Medwedew'schen« oder dem »Putin'schen« Weg weiter bewegen wird. Genauer gefasst: Es wird eine Antwort auf die Frage geben, ob die Modernisierungsrhetorik des vergangenen Jahres, ob die vorsichtige Wiedernäherung an die USA und die EU mehr sind als konjunkturelle, taktische Spielchen.

Wie könnte das geschehen? Ausgehend von der These, dass die Entscheidung letztlich von Putin persönlich getroffen wird, wäre es wohl am sinnvollsten zu versuchen, direkt auf ihn einzuwirken. Möglichst viele westliche Politikerinnen und Politiker müssten ihm (und der Form halber auch Medwedew) in direkten Gesprächen deutlich machen, dass eine Freilassung für alle Seiten nur Vorteile hätte. Das könnten wahrscheinlich nur einigermaßen Gleichgestellte, wie andere Präsidenten oder Regierungschefs, sein, die von Putin als eher russlandfreundlich angesehen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy zum Beispiel. Oder Polens Ministerpräsident Donald Tusk. Zur Not auch der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi. Ein guter Kandidat für diesen Job wäre sicher auch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Ob diese Personen dazu bereit sind, ist eine ganz andere Frage. Putin soll schon mehrfach, so wird erzählt, im sehr kleinen Kreis von Staatsgästen sehr heftig bis persönlich beleidigend auf Erwähnungen des Falls Chodorkowskij reagiert haben. Das spräche dafür, dass er die Sache sehr persönlich nimmt, egal ob dahinter nun politische oder andere Gründe stecken. Das macht wenig Hoffnung. Aber angesichts der Bedeutung des Prozesses für Russland, für die westlich-russischen Beziehungen und die Möglichkeit zwei Unschuldige vor vielen weiteren Jahren im Arbeitslager zu retten, sollten eine Abfuhr ein sehr kleines und vor allem erträgliches Übel sein. Einen Versuch wäre es aber auch schon deshalb wert, weil es keine anderen Wege gibt.

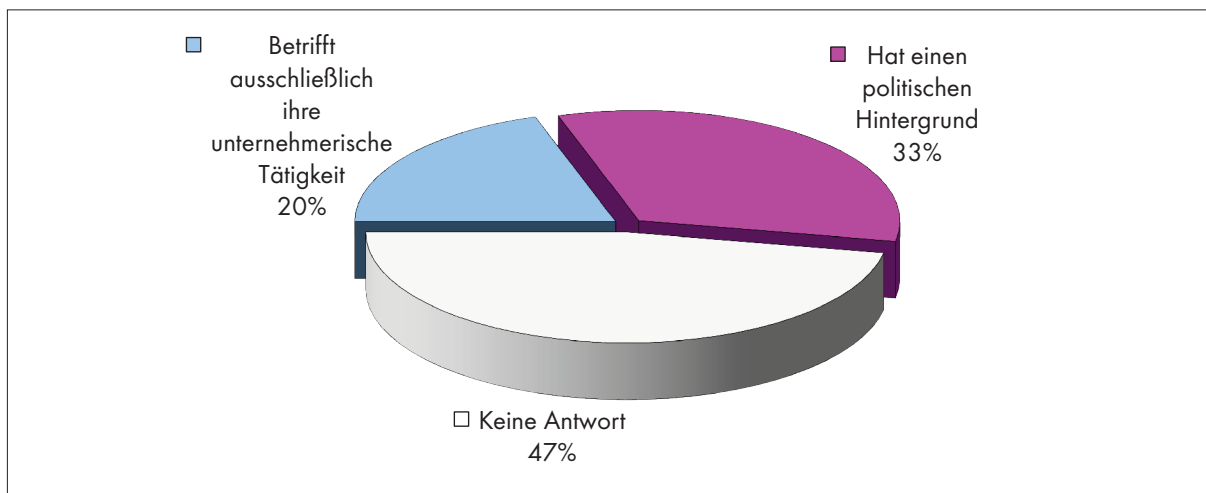
Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radiosender.

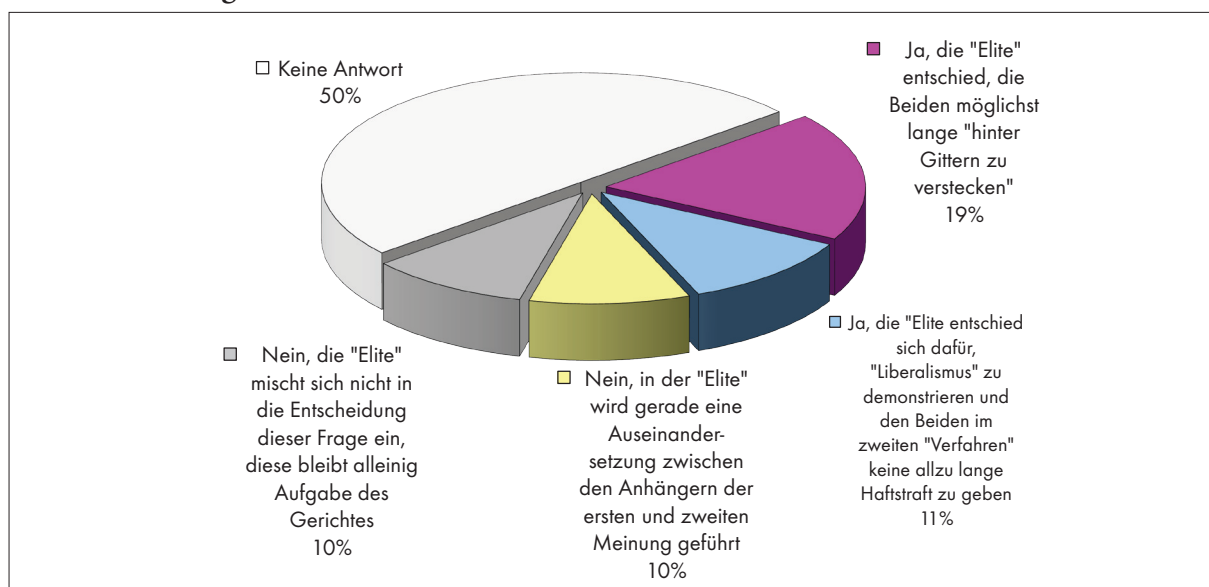
Umfrage

Über den Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew

Geht es in dem neuen Gerichtsverfahren gegen Chodorkowskij und Lebedew, das im Moment verhandelt wird, ausschließlich um die unternehmerische Tätigkeit der Angeklagten oder hat das Verfahren einen politischen Hintergrund?

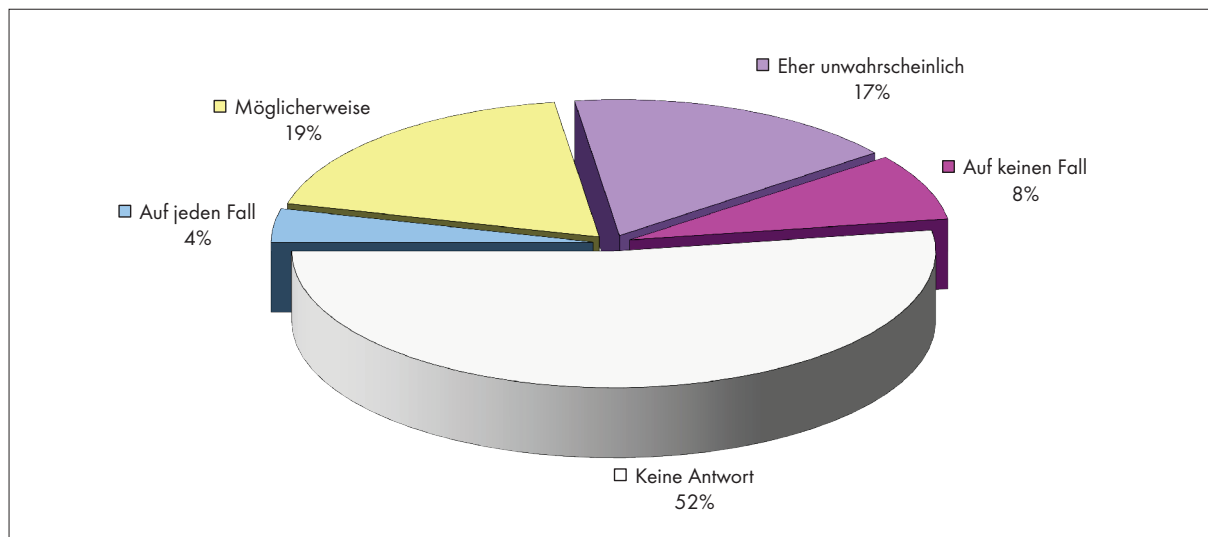


Hat man in der »Elite« entschieden, wie das aktuelle Gerichtsverfahren gegen Chodorkovskij und Lebedev ausgehen soll?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010070102.html>

Wird Chodorkowskij auf freien Fuß gesetzt, nachdem das Oberste Gericht entschieden hat, dass Angeklagte in Wirtschaftsprozessen erst nach der Urteilsverkündung in Haft genommen werden dürfen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–22. Juni 2010, <http://www.levada.ru/press/2010070102.html>

Chronik

Vom 5. bis zum 15. Juli 2010

05.7.2010	Bei einer Explosion auf einem Truppenübungsplatz im Bezirk Altaj sterben sechs Menschen.
05.7.2010	Der Zollkodex zwischen Russland, Belarus und Kasachstan tritt in Kraft. Die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes der Mitglieder der Zollunion soll bis 2012 abgeschlossen sein.
05.7.2010	Eine Gruppe russischer Künstler und Kunstschaffender wendet sich in einem offenen Brief an Präsident Dmitrij Medwedew, in dem sie um eine Einstellung des Verfahrens gegen Jurij Samodurov und Andrej Jerofejew, Kuratoren der Ausstellung »Verbotene Kunst-2006«, bitten.
06.7.2010	Wladimir Putin teilt auf der Regionalkonferenz der Partei »Einiges Russland« im Föderalbezirk Nordkaukasus mit, dass 2014 eine Raffinerie der Firma »Rosneft« in Tschetschenien ihre Arbeit aufnehmen wird. Ramsan Kadyrow, tschetschenischer Präsident, teilte zudem mit, dass die Erdölförderung der Republik auf zwei Million Tonnen pro Jahr erhöht werden kann.
08.7.2010	Neuer Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte wird Wladimir Korolew, vormals Stellvertretender Kommandeur der russischen Nordflotte.
08.7.2010	Die Gouverneurin von St. Petersburg, Walentina Matwijenko, schlägt vor, dass Touristen, die auf dem Petersburger Flughafen Pulkowo landen, 72 Stunden ohne Visum im Land bleiben können. Seit Mai 2009 gilt eine Regelung der russischen Regierung, wonach sich Touristen auf Fähren bis zu drei Tage ohne Visum in Russland aufhalten dürfen.

08. – 09.7.2010	Im Spionageskandal zwischen den USA und Russland kommt es zu einer schnellen Lösung. Russland und die USA tauschen die zehn, am 29.6. in den USA festgenommenen, Spione in Wien gegen vier, von Dmitrij Medwedew begnadigte Personen aus, denen Spionage für ausländische Geheimdienste vorgeworfen wird. Bei diesen handelt es sich um Sergej Skripal, Gennadij Wasilenko, Aleksandr Zaporoshskij und Igor Sutjagin. Letzterer war Leiter der Abteilung für militärpolitische Studien am USA- und Kanada-Institut der Akademie der Wissenschaften. Er wurde 1999 festgenommen und 2004 zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt, obwohl er nur mit offenem Material gearbeitet hatte.
10.7.2010	Dmitrij Medwedew nimmt an einem informellen Gipfeltreffen der Mitgliedsländer der GUS in Jalta teil.
10.7.2010	Auf dem Moskauer Gartenring findet eine Demonstration und ein Künstlertreffen zur Unterstützung Andrej Jerofejews und Jurij Samodurows statt, die wegen »Anstachelung zu nationalem und interreligiösem Zwist« angeklagt werden. Das Urteil wird am 12.7. erwartet.
12.7.2010	Die Organisatoren der Ausstellung »Verbotene Kunst-2006« Andrej Jerofejew und Jurij Samodurow werden in der Anklage »Anstachelung zu nationalem und interreligiösem Zwist« vor dem Moskauer Tagansker Gericht für schuldig befunden. Ihnen wird die Verletzung religiöser Gefühle, der Gebrauch unzensurierter Lexik sowie eine strafbare Absicht vorgeworfen. Andrej Jerofejew wird zur Zahlung von 150.000 Rubel (3870 Euro), Jurij Samodurow zu 200.000 Rubel (5160 Euro) verurteilt. Die Verteidigung legte Berufung ein.
12.7.2010	Dmitrij Medwedew nennt in seiner Rede vor Russischen Botschaftern und Ständigen Vertretern bei Internationalen Organisationen drei Hauptaufgaben der diplomatischen Arbeit: die Modernisierung der Wirtschaft und Produktion, die Konsolidierung der Institute der russischen Demokratie und Zivilgesellschaft sowie den Kampf gegen organisiertes Verbrechen.
13.7.2010	Aleksej Karetnikow, mutmaßlicher Agent des russischen Auslandsgeheimdienstes (SVR), wird aus den USA ausgewiesen.
14.7.2010	Die Staatsduma nimmt das umstrittene Gesetz zur Ausweitung der Zuständigkeiten des FSB in zweiter Lesung an.
15.7.2010	Umweltschützer können illegale Rodungen im Chimkinski-Wald im Gebiet Moskau verhindern, durch welchen eine kostenpflichtige Autotrasse parallel zur Leningrader Chaussee führen soll.
15.7.2010	Die Stadtverwaltung von Inta, Republik Komi, teilt der Vysochaishy AG ein Grundstück zum Goldabbau zu. Im Februar hatte die Föderalbehörde zur Nutzung von Bodenschätzen die Erlaubnis gegeben, in Europas größtem Nationalpark Jugyd Wa, Teil des UNESCO WeltNaturerbes der Urwälder von Komi, Gold abzubauen.
15.7.2010	Dmitrij Medwedew nimmt den Rücktritt Murtasa Rachimows an, der seit 1993 Präsident der Baschkirischen Republik war.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Pressemitteilung

Berlin, den 13. Juli 2010

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Ost-Ausschuss fordert gemeinsame deutsch-russische Modernisierungsoffensive

- Deutsch-Russische Regierungskonsultationen am 14. und 15. Juli 2010 in Jekaterinburg müssen Ergebnisse liefern.
- Enge Zusammenarbeit beim Projekt Innovationsstadt Skolkowo, beim russischen Privatisierungsprogramm und bei Erneuerbaren Energien

Die deutsch-russischen Regierungskonsultationen am 14. und 15. Juli 2010 in Jekaterinburg müssen für eine deutsch-russische Modernisierungsoffensive und für die Abstimmung gemeinsamer Projekte genutzt werden. »Deutschland ist wegen seiner industriellen Stärke weiterhin der natürliche Modernisierungspartner der russischen Industrie. Wir müssen diese Position aber wegen des wachsenden Wettbewerbs durch andere Länder ausbauen«, sagte Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, der gemeinsam mit einer Unternehmerdelegation nach Jekaterinburg fliegt.

Die deutsche Wirtschaft schlägt deutsch-russische Kooperationen in industriellen Kernbereichen der russischen Wirtschaft vor. Dies gilt vor allem für die Energiewirtschaft, die Automobilindustrie sowie die Lebensmittelindustrie und die Landwirtschaft.

Ein wichtiges Signal sei eine deutsch-russische Zusammenarbeit beim Aufbau eines Innovations-Clusters in Skolkowo bei Moskau, für den die russische Regierung über drei Milliarden Euro investiert. »Hier wird die deutsche Wirtschaft Flagge zeigen«, so Mangold.

Zur Verbesserung des Innovations- und Technologietransfers in Russland hat der Ost-Ausschuss vorgeschlagen, das Modell der äußerst erfolgreich arbeitenden Fraunhofer-Gesellschaften auf Russland zu übertragen. Die Umsetzung wäre vor allem für einen Schlüsselbereich wie die Automobilindustrie enorm wichtig.

Stärker nutzen will die deutsche Wirtschaft zudem ihren Wissensvorsprung im Bereich der Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die ersten Projekte der neuen deutsch-russischen Energieagentur RUDEA verliefen vielversprechend, müssten aber noch intensiviert werden. Das in Jekaterinburg zu unterzeichnende Finanzierungsprojekt zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft zwischen der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der russischen Vnesheconombank (VEB) sei ein positiver Ansatz zur Entwicklung eines Mittelstandes in Russland, müsse aber im Volumen erhöht werden.

»Russland muss das Ruder herumreißen, wenn es weiterhin in der Liga der BRIC-Länder mitspielen will. Und es muss vorzeigbare Ergebnisse geben, anstelle der Ankündigung von Schritten, die oftmals an der Schwerfälligkeit der russischen Bürokratie scheitern«, sagte Mangold.

Der Ost-Ausschuss fordert zudem eine Beschleunigung des WTO-Beitritts Russlands. »Nach 16 Jahren Verhandlungen bezüglich des WTO-Beitritts bedarf es endlich eines politischen Machtwortes, sowohl in den USA als auch in Russland. Die wachsende »Re-Integration« ehemaliger Länder der Sowjetunion in ein eigenes System neuer Handelsabkommen und die gerade vereinbarte Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan sind Schritte in die falsche Richtung«, so Mangold.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft führt jährlich eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Unternehmerreisen und Konferenzen in und über 22 Länder Mittel- und Osteuropas durch. Die Organisation mit Sitz in Berlin versteht sich als Kompetenzzentrum der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Zukunftsmärkte. Dem Ost-Ausschuss gehören 150 große und mittelständische Unternehmen sowie große Wirtschaftsverbände an.

Pressekontakt:

Andreas Metz

030/2028 - 1441

A.Metz@bdi.eu

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de